

ROT FUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Küsse für Madeleine

In der zeitgenössischen Diplomatie hat sich - gewissermaßen gewohnheitsrechtlich - eine neue Praxis eingeschlichen. Das diplomatische Protokoll wurde durch einen Zusatz reizvoll ergänzt. Die Außenministerin der amerikanischen Führungsmacht ist zu küssen!

Madeleines herber Charme scheint unwiderstehlich zu sein. Denn alles küßt die

sich! Wie war doch unlängst der treffende Versprecher Klaus-Peter Sieglöchs in der „Heute“-Sendung des ZDF? „Die UCK will nicht auf ihr Kriegsgericht... pardon... Kriegsgericht verzichten“.

Übrigens, der von der NATO erfundene Führer der „kosovarischen Untergrundarmee“ küßte nicht nur die USA-Außenministerin; er wurde auch demonstrativ von Schröder und Blair zu herzlichen Gesprächen empfangen, als beide Regierungschefs nacheinander ohne Genehmigung Belgrads in die von der KFOR okkupierte serbische Provinz einreisten. Das Zusammentreffen mit Schröder ermunterte die als einheimische Polizeitruppe für das Kosovo vorgesehenen Mordbanden Thaqis derart, daß sie am Tag nach der Begegnung mit dem Kanzler der BRD in Gracko 14 serbische Bauern massakrierten.

Schröders Frontvisite im unruhigen Protektorat paßte voll ins allgemeine Bild. Der deutsche Imperialismus fühlt sich auf dem Balkan zuhause. Dessen „Stabilität“ wird jetzt vom Mann der BRD-Monopole Bodo Hombach für Siemens und die IG-Farben-Nachfolger vorzüglich „koordiniert“.

Schon heißt es, daß der Bundeswehr-General Klaus Reinhardt anstelle des Briten Jackson KFOR-Behlshaber im Kosovo werden soll. Und beinahe wäre Genoske Scharping NATO-Generalsekretär geworden. Hände hoch, die Deutschen sind im Kommen!

Madeleine wird geküßt, doch andere kassieren.
S.R.



- Warum küßt Du mich nicht, Wanjuscha?

- Siehst der Madeleine Albright zu ähnlich!

liebliche Dame aus Übersee. Joe Fischer, der große humanitäre Angriffskrieg und Katastrophenabwender an der Spitze der Außenpolitik des deutschen Imperialismus, versteht sich da auf alle Feinheiten. Und auch die anderen Außenminister der NATO-Staaten wollen nicht abseits stehen, wenn Miß Albright ihre Wange hinhält. Selbst Rußlands Iwanow macht keine Ausnahme! Unlängst bekam die Dame aus dem State Department allerdings einen Kuß besonderer Provenienz: Der elegante Chef der UCK-Terroristen, Hashim Thaqi, den die NATO gerne statt des Psychopathen Rugova an der Spitze einer „Übergangsverwaltung“ im Kosovo sehen möchte, drückte seine Lippen auf Madeleines verwelkte Cheeks. Ein ungeheuerlicher, aber durchaus logischer Vorgang: Kriegsverbrecher unter



Küsse für Madeleine	S. 1
Gedanken zur „Mauer“	S. 2
„Kritische Begleitung“	S. 3
* Das Godesberg des Gregor Gysi	
Umgang mit Daten	S. 4
* 22. Juni und 20. Juli	
Wir stehen zu	
Irmgard Jendretzky	S. 5
Zweierlei Sicht	S. 6
Münchhausens	
„Röntgenkanonen“	S. 6
Eindrucksvolle KKE	S. 7
Kebblers in Cuba	S. 8
Die Wahrheit über Belorußland	S. 9
Unvergeßlicher Paul Robeson	S. 10
Heuchelei der Grünen	S. 11
Zähnefletschen und	
Gaumenlecken	S. 12
Ein legendärer Kommunist	S. 12
* Zum Tode von Bernhard Quandt	
Damals in Güstrow	S. 13
Zur Theorie der	
Konterrevolution	S. 14
Der verkannte Besucher	S. 15
* Reporterskizzen (16)	
Wir mußten uns	
nicht verstecken	S. 16
Thesen zur	
politischen „Gretchenfrage“	S. 17
Mutige Anwaltsgarde	S. 18
Brief einer besorgten Leserin	S. 19
Was war das, die ABF?	S. 19
Am Rande bemerkt	S. 20
„Die Schere im Kopf“	S. 21
Leserbriefe	S. 21
Anzeigen & Infos	S. 24

Der „RotFuchs“ grüßt alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 11. UZ-Pressfestes in Dortmund und wünscht ihnen drei schöne, erlebnisreiche Tage!

Sollten wir schon 1961 die weiße Fahne hissen?

Gedankenfragmente zur „Mauer“

Die „Mauer“ wird heute als das Übel schlechthin verteuelt. Selbst einige, die sich zur Linken rechnen, überschlagen sich in der Verurteilung der gesicherten und bewachten DDR-Staatsgrenze.

Mir hingegen ist noch die ungeheure Erleichterung am 13. August 1961 in Erinnerung. Schluß war mit der Plünderung unserer Läden, den in Schieber verwandelten Grenzgängern, der durch die westliche Medienmeute geschürten Massenpsychose unter Teilen der DDR-Bevölkerung, der aufgeheizten Atmosphäre. Die mir schon damals nicht mehr verständliche Geduld gegenüber den unaufhörlichen Verletzungen unserer Gesetzlichkeit hatte ein Ende. Dieschamlose Ausnutzung einer offenen Grenze für Verbrechen aller Art mußte nicht länger ertragen werden.

Zugegeben: Die „Mauer“ war keine gute Lösung, aber sie stellte damals die einzige Möglichkeit dar, den Angriff auf die DDR abzuwehren und den Rückfall des Landes in die imperialistische „Ordnung“ zu verhindern. Warum fuhr der USA-Präsident unbesorgt in den Urlaub, als die politischen Spannungen in Europa im August 1961 kulminierten? Er wußte offensichtlich sehr wohl, was unumgänglich passieren mußte. Wurde nicht sogar sein Wunsch erfüllt? Endlich trug die Konfrontationspolitik Früchte. In diesem Sinne war die „Mauer“ sogar ein Steg ihrer Verfechter, bei dem man die „Schuld“ hervorragend der anderen Seite zuschieben konnte. Bis heute zehrt man davon.

Ein Paradoxon der Geschichte: Der „Eiserne Vorhang“ war der Wunsch der Feinde des Sozialismus seit 1945. Die Imperialisten haben ihn kreiert und immer wieder beschworen, aber die Sozialisten haben ihn 1961 errichtet. Gysi hat ja recht: die „Mauer“ war nicht sozialistisch. Kein noch so „unbelehrbarer“ Kommunist wird sie etwa als Errungenschaft oder Merkmal des Sozialismus benennen. Doch sie war das unattraktivste und zugleich notwendigste Bauwerk der DDR. Ich bezeichne sie als unverzichtbares Instrument zur Verteidigung unseres gerade begonnenen sozialistischen Aufbaus gegen das Trommelfeuer der USA und der BRD, sie haben schließlich offen, unverblümt und aggressiv alles zur Zerstörung der DDR angekündigt und aufgebaut. Die „Mauer“ war rein defensiv gegen die Offensive des Kapitalismus. Daher ist es nach aller Logik Unsinn, ihr Attribute wie „unsozialistisch“ zu geben.

Gysi behauptet, die „Mauer“ habe Menschenrechte verletzt. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: sie war gegen die permanenten Menschenrechtsverletzungen durch die BRD gerichtet, gegen Menschenhandel (Einkauf von Ärzten, Ingenieuren, Facharbeitern usw.), gegen Doppelpaß für DDR-Bürger, gegen Wirtschaftssabotage. Heute wissen wir noch mehr: Die „Mauer“ war wirksam - solange sie

stand - gegen die Verletzungen des ersten Menschenrechts auf Frieden, des Rechts auf Arbeit, auf Wohnung, auf Bildung; gegen Menschenrechtsverletzungen, wie sie in der BRD gang und gäbe sind. Sie war erfolgreich gegen das von der BRD und ihren führenden Politikern inzwischen ganz ungeniert propagierte „Recht“ auf Krieg.

Wessen Opfer waren die Toten an der bewachten und geschützten Grenze? Wer hat sie in die militärisch korrekt gekennzeichneten Sperrgebiete gelockt oder geschickt? Die meisten „Flüchtlinge“ waren doch Opfer einer wahnwitzigen Propaganda und der Verführungen des Westens. Aber einen nicht geringen Teil stellten offensichtlich auch Provokateure. Wie kam es denn sonst, daß immer gerade dann, wenn sich am politischen Horizont die Tendenz der Entspannung abzeichnete, mit absoluter Sicherheit irgendwo ein „Flüchtling“ erschien, der sich den Grenzschützen präsentierte. Wie läßt es sich erklären, daß auf der westlichen Seite prompt Polizei, Fernsehen und Journalisten auftauchten, sobald der Grenzverletzer in Erscheinung trat? Woher wußten sie das ohne Avisierung schon vorher? Es ist infam zu unterstellen, die SED, die DDR oder ihre Grenztruppen hätten die Toten an der „Mauer“ - wie es in Gerichtsurteilen hieß - „billigend in Kauf genommen“. Jeder Tote an der Grenze war einer zuviel - und das nicht nur aus humanitären Gründen. Er hat der Politik der SED und dem Sozialismus großen Schaden zugefügt. Genutzt hat der Tote nur den Zielen und der Propaganda des Westens. Denn für den Leichtgläubigen war klar: Schuld ist immer der, der geschossen hat.

Natürlich wurde durch die bewachte Westgrenze der sozialistischen Länder persönliche Bewegungsfreiheit eingeschränkt und manche menschliche Beziehung zerstört. Das war tatsächlich weder sozialistisch noch demokratisch. Aber welche Wahl haben uns die Gegner des Sozialismus denn gelassen?

1961 bestand durchaus noch eine reale Chance, den Sozialismus zu erhalten und weiterzuentwickeln. (Diese Chance haben ja seine Kritiker sogar noch 1989 gesehen!) Ein Preis dafür war die Einschränkung der Reisefreiheit. Zugegeben - ein hoher Preis. Aber sollten wir schon 1961 kampflös die weiße Fahne hissen? Die Möglichkeit der Behauptung des Sozialismus ging doch erst 1985 verloren, als die „Reformer“ in der UdSSR an die Macht gelangten und ihre verräterische Politik der Preisgabe ihrer engsten Verbündeten zu betreiben begannen.

Heute sagen viele: Ich würde gerne wieder auf meine Reisefreiheit verzichten, wenn nur Kinder und Enkel Arbeit hätten.

Das ist der Widerspruch. Die „Mauer“ brachte kurzfristig positive Ergebnisse für die Verteidigung des Sozialismus: Aufschwung der Produktion, Verbesserung der Versorgung der

Bevölkerung, Zerstörung einiger Agentennetze... Auf lange Sicht beförderte sie nicht nur antikomunistische, sondern auch gesamtdeutsch-nationalistische Ideologien als wirksame Waffe gegen den Sozialismus.

Immer wieder geht es um Ursache und Wirkung. Nicht die „Mauer“ war der Nagel zum Sarg der DDR, sondern die brutale, aggressive Ökonomie und Politik des Kapitals und seiner Willensvollstrecker.

Norbert Pauligk

Wir laden alle Genossen und Freunde für

**Dienstag, den
28. September 1999, 19 Uhr,**

zu einer öffentlichen Veranstaltung der DKP-Gruppe Berlin-Nordost in das Gebäude Franz-Mehring-Platz 1 ein.

THEMA:

**Von Rasputin zu Putin.
Entwicklungen in Rußland**

Es spricht: **DR. KLAUS STEINIGER**

Hinweis für Besucher des UZ-Pressfestes

Höhepunkte im Berliner Zelt

Sonnabend, 28. August 13.00 Uhr Buchpremiere mit Klaus Huhn: „Himmlicher Briefwechsel über ein versunkenes Land“.

14.00 Uhr „Der Pferdenarr und die Zirkusmadame“. Satirische Zirkusposse mit zeitgenössischem Zungenschlag, vorgetragen von Eva-Maria Eisenhardt und Armin Stolper. 16.00 Uhr Die DKP im Berliner Wahlkampf Podiumsdiskussion. 20.00 Uhr Rockkonzert mit der Berliner Band TTS

Sonntag, 29. August Schluß mit der politischen Strafverfolgung! Solidarität mit den Verfolgten! Podiumsdiskussion mit Betroffenen

RotFuchs

Email & Internet Adresse

DKP-BerlinNO@t-online.de

**http://home.t-online.de/home/
DKP-BerlinNO/rotfuchs.htm**

Das Godesberg des Gregor Gysi

„Kritische Begleitung“

„Heute wird die Erwerbsbiographie durch das Neben- und Nacheinander sehr verschiedener Rollen geprägt. Gestern Lehrling, heute Selbständige und Teilzeitbeschäftigte bzw. Teilzeitbeschäftigter, morgen arbeitslos und übermorgen vielleicht Unternehmerin bzw. Unternehmer, schließlich Aktienbesitzerin bzw. Aktienbesitzer mit Sozialhilfe usw. Die verschiedenen sozialen Rollen sind nicht mehr eindeutig mit bestimmten sozialen Klassen, Schichten und Gruppen verbunden.“ Dieser wörtlich zitierte Passus aus der siebten der offenbar von seinen „Mitautoren“ Dieter Klein und Michael Brie in Sätze maximaler Unverständlichkeit gefaßten 12 Thesen Gregor Gysis stellt eine schlimme Verhöhnung der über vier Millionen Arbeitslosen und der Sozialhilfeempfänger dar. Er offenbart auf erschreckende Weise, wie weit der PDS-Fraktionschef und seine Leihfedern bereits vom Boden der einfachsten sozialen Realität abgehoben haben. Ich möchte gleich hier einschränkend bemerken, daß natürlich nicht das gesamte 21 Seiten umfassende Papier auf einem solchen Niveau daherstolpert. Es findet sich dort auch Bedenkenswertes. Insgesamt aber ist es ein Sammelsurium aus Positionen des rechten Opportunismus, gepaart mit sozialer Demagogie. Es soll den alten revisionistischen Leitsätzen von Klassenharmonie und Klassenzusammenarbeit mit dem Imperialismus neue Impulse und damit neue Glaubwürdigkeit verleihen. Das imperialistische System heißt im Revisionisten-Jargon der beiden zum rechten PDS-Flügel zählenden Parteitheoretiker und Gysis übrigens „Moderne“. Ihre „Vision für das 21. Jahrhundert“ lautet: „Moderne und Sozialismus verbinden“.

Ich versuche eine erste, keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erhebende Analyse der 12 Thesen für eine „Politik eines modernen Sozialismus“, die in ein neues Parteiprogramm der PDS eingehen sollen.

Zunächst sei festgehalten, daß Gysi, Klein und Brie ihr Papier wieder einmal unter Vergewaltigung der innerparteilichen Demokratie und totaler Mißachtung der PDS-Basis über die Medien in die Öffentlichkeit lanciert haben. Das ist bekanntlich Gysis Standardmethode seit 1989. Selbst Mitglieder des Parteivorstandes sollen von dem Pamphlet erst nach der Übermittlung an den „Spiegel“ erfahren haben. Vielleicht wollte der clevere Anwalt seinen kapitalistischen Partnern demonstrieren, daß es auch in „seiner“ Partei durchaus „modern“ zugeht und der Chef bestimmt, wo's lang geht.

Wenden wir uns zunächst der Tatsache zu, daß der reaktionäre und chauvinistische, von den Feldgrünen sekundierte Regierungskurs der SPD, mit dem sich diese Partei nunmehr als besserer Sachwalter der Kapitalinteressen vorstellt, die PDS-Spitze zu gewissen Kurskorrekturen zwingt. Vom Buhlen um die

Gunst der SPD und eine Regierungszusammenarbeit mit ihr auf Länder- und Bundesebene will man jetzt einen gewissen Abstand nehmen und vorsichtige Kritik (Bisky: „äußerst kritische Begleitung“) üben. Vordergründig geht es der PDS-Führung augenscheinlich darum, bei den bevorstehenden Landtagswahlen aber auch perspektivisch vom Regierungskurs enttäuschte SPD- und Grünenwähler aufzufangen. Dabei setzen Gysi und seine Thesenschreiber nicht etwa auf das linke Protestpotential aus beiden Parteien, sondern wollen deren Stammwähler und Wechselwähler aus der „neuen Mitte“ gewinnen.

Zum ersten Mal wird die PDS in ihrer strategischen Zielsetzung in aller Offenheit als eine rein sozialdemokratische Partei vorgestellt. Direkt verkündet Gysi, seine Partei wolle nunmehr „von der SPD verlassene Politikfelder einnehmen“. Bundesgeschäftsführer Bartsch wird noch deutlicher, wenn er sagt, die PDS werde „künftig in vielen Fragen Positionen beziehen, die die SPD aufgegeben hat“. Als ob die SPD bisher die Unschuld vom Lande gewesen wäre! Prompt konstatierte Mecklenburg-Vorpommerns Harald Ringstorff im ND, Gysi habe „sogar Gedanken von der SPD übernommen und die früheren Verdienste der Sozialdemokratie gewürdigt“. Das „Revolutionäre“ sei bei der PDS „völlig raus“. „Es ist vom Umbau die Rede“. Eine neue „Perestroika“? Der „Spiegel“ spricht gar von einer „Kehrtwende“ in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich indes, daß es Gysi und seinen Skribenten gar nicht so sehr um Bewahrung und Fortsetzung von SPD-Politik vergangener Jahrzehnte geht, sondern um eine neue, „Umbau der Moderne“ genannte Form der Klassenzusammenarbeit mit dem Kapital in Gegenwart und Zukunft. Das im derzeit noch gültigen PDS-Programm formulierte Ziel des Sozialismus wird fallengelassen und stattdessen in Anknüpfung an Bernstein („die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts“) nur noch verschwommen von einer „Politik des modernen Sozialismus“ gesprochen. Beim genaueren Durchlesen wird deutlich, daß die Thesen kaum - wie vorgespiegelt - eine Antwort auf das Schröder-Blair-Papier darstellen, sondern im Grunde genommen ein nur geringfügig modifiziertes Schröder-Blair-Papier der PDS-Spitze sind. Die „kritische Begleitung der SPD“ hält sich mehr als in Grenzen und wird flankiert von wahren Lobliedern auf das, was die „Bruderpartei“ in den vergangenen Jahrzehnten als Erfüllungsgehilfe des Kapitals geleistet hat. Die „sozialdemokratische Gestaltung des Zeitalters der fordistischen Massenproduktion“ sei „durchaus erfolgreich“ gewesen, wird der SPD bescheinigt. Man könne das heute nicht kopieren, solle aber „von ihr lernen“. (Nach

dem Motto: Von der SPD lernen, heißt siechen lernen) An anderer Stelle werden „die positiven Seiten der fordistischen Konsumgesellschaft“ in höchsten Tönen gepriesen. Im Gegensatz zur Schröderschen Mannschaft stehen Gysi und sein Anhang noch stärker unter dem Druck ihrer Basis, die größtenteils den realen Sozialismus und sein soziales Engagement erlebt hat. Sie spüren täglich, daß deren kämpferische Potenzen noch nicht erloschen sind. Das führt allerdings ganz und gar nicht dazu, daß die Führungsgruppe um Gysi diese Basis für die Durchsetzung bestimmter Reformen zur Beschneidung der Macht der Monopole mobilisieren will. Im Gegenteil, fast beschwörend wenden sich die Thesen sowohl an Schröder als auch an die Herren des Kapitals selbst, den Bogen beim rigorosen Sozialabbau und der Beseitigung von den Werktätigen erkämpfter Rechte nicht zu überspannen. Das könnte, heißt es im revisionistischen Stil warnend, eine „neue Klassenspaltung“ hervorrufen, „anti-modern und anachronistisch“, und die Suche nach „neuen Entwicklungspfadern“ erschweren. Die Thesen erteilen nicht nur Schröders Sozialabbau keine Absage, sondern signalisieren sogar generelle Zustimmung. Da werden das „Feld der institutionellen Reformen der Regulation des Sozialstaates“ angesprochen und die zum Abbau der Sozialsysteme unternommenen „Reformversuche“ als „unzureichend“ apostrophiert. Gysi ist mit Eichels Rentenreform grundsätzlich einverstanden und verlangt „die Beteiligung der meisten an ihrer Finanzierung“. Natürlich hindert das die Thesenfabrikanten nicht, an anderer Stelle heuchlerisch von „sozialer Gerechtigkeit für alle“ oder der „gerechten Teilhabe aller am gesellschaftlichen Reichtum durch eine neue Arbeits- und Lebensweise“ zu schwadronieren.

Die PDS-Mitglieder und Anhänger, die sich das Gysi-Papier zu Gemüte führen, müssen sich durch eine Vielzahl schwülstiger Begriffe hindurchqualen und mancher wird vielleicht gelegentlich an seiner politischen Intelligenz zweifeln. So, wenn zu erfahren ist, daß der „fordistische Kapitalismus“ für die Werktätigen den „fordistischen Wohlfahrtsstaat“ geschaffen hat. Er wird nicht nur die „Moderne“ und immer wieder die „Moderne“ bei den verschiedensten Gelegenheiten verarbeiten, sondern auch eine „Vor- oder Anti-Moderne“ einordnen müssen. Wer noch im SED-Parteilehrjahr geschult wurde, wird auf Bekanntes stoßen, wenn er liest, alle sollten „an Erwerbsarbeit und Eigenarbeit nach dem Maß ihrer Fähigkeiten und ihrer Bedürfnisse partizipieren“. Schon etwas müde vom schwierigen Text wird er meinen, Gysi habe doch nicht alles über Bord geworfen und spreche jetzt von der kommunistischen Gesellschaft. Er wird sich korrigieren und erstaunt einen weiteren Beweis der theoretischen Kapazität des großen Ideologen entdecken: Gysi sieht diesen kommunistischen Grundsatz schon in seiner „Vision für das 21. Jahrhundert“ durch die „Verbindung von Moderne und Sozialismus“ verwirklicht.

Gerhard Feldbauer

22. Juni und 20. Juli

Umgang mit Daten

Ein Datum beherrschte jüngst Schlagzeilen, war Thema für dutzende Kommentare, Talkshows, Gedenkfeiern, einen Staatsakt gar: der 20. Juli 1944. Aber wäre nicht ein anderes Datum geeigneter gewesen zum Erinnern und Mahnen? Außer dem „RotFuchs“ hat meines Wissens kein anderes Medium den 22. Juni für erwähnenswert gehalten.

Da war nämlich Deutschlands Imperialismus über die Sowjetunion hergefallen. USA-Vizepräsident Harry Truman erklärte damals: „Wenn Deutschland gewinnt, sollten wir Rußland helfen, wenn Rußland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen. So sollen sie sich gegenseitig umbringen - so viele wie möglich.“

„Sie“ - das waren Deutsche und „Russen“. Und ich sah 1944 mit eigenen Augen in London die Kopie eines Schreibens an die Regierung Churchill: „Nachdem die Invasion unvermeidlich geworden ist, empfehlen wir, den Vormarsch möglichst langsam vonstatten gehen zu lassen, damit Sowjetrußland und Hitlerdeutschland aneinander verbluten.“ Unterschrift: „Erich Ollenhauer, Vorsitzender der SPD-Emigrationsleitung in Großbritannien“.

Die Sowjetunion ging ihren Weg zum Sogut-wie-allein-Sieg über 32 000 zerstörte Werke, 1 800 Sowchosen, 2 890 MTS, 89 000 Kolchosen, 216 000 Verkaufsstellen, 4 100 Eisenbahnstationen, 65 000 km Schienenwege, 15 800 Lokomotiven, 428 000 Waggons, 384 Hochschulen und Universitäten, 82 000 Grund- und Mittelschulen, 62 Hochöfen, 213 Martin-Öfen und Elektrizitätswerke mit einer Kapazität von 5 Mio Kilowatt. Es wurden mehr Städte und Dörfer dem Erdboden gleichgemacht, als Deutschland und Frankreich zusammen besitzen. Und es starben 25 000 000 Menschen ...

Das alles begann am 22. Juni 1941. 58 Jahre später stimmte man in Deutschland wieder mal besonders laut das Lied von der „Beutekunst“ an. Moskau müsse „die geraubten Kunstwerke zurückgeben“. In der obigen Liste fehlen 427 zerstörte Museen und die Raubzüge, die Hitler, Göring, Speer und Himmler auf der Jagd nach russischer, sowjetischer und internationaler Kunst der Wehrmacht hinterhergeschickt hatten. Statt jenes 22. Juni gedachte man nun des „Schicksalstages 20. Juli 1944“. Ehrendes Gedenken allen, die Hitler stürzen, den Krieg beenden wollten und dafür ihr Leben einsetzten! Aber nicht alle Widerstandskämpfer sind von gleicher moralischer Qualität - Vorbilder. Vor 55 Jahren hatten vor allem Generäle geputscht, die den Krieg

schon in der Reichswehr geplant und dann als Hitlerkrieg durchgeführt hatten. Nun sahen sie ihren Krieg verloren und wollten von dem Zug, den sie mit in Gang gesetzt hatten, abspringen (und hatten dabei noch Probleme mit ihrem Fahneneid, stritten sich, ob sie Hitler gefangennehmen oder zum moralischen Tyrannenmord schreiten sollten).

Aber auch die Verschwörer waren nicht von gleichem Schrot und Korn. Stauffenberg, sein Adjutant v. Haeften, Merz v. Quirnheim, mein Vetter Graf Blumenthal waren zu echten Hitler- und Kriegsgegnern geworden und besiegelten ihre späte Einsicht mit dem Tod an Freislers Strick. Sie wollten den Krieg an allen Fronten beenden (und damit den braunen Terror); sie suchten die Einheit mit den Linken, mit Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Kommunisten, hatten Kontakt zum Nationalkomitee in Moskau.

Ein Generalfeldmarschall v. Manstein war da aus anderem Holz. Er hatte v. Lewinsky geheißt, was ihm „zu polnisch“ klang, sodaß er den Namen seiner Frau annahm. Als ihn Haeften, Freund meines Bruders, ansprach - so erzählte mir Werner Haeften 1942 in Paris - „meinte Manstein: „Aber gern“ würde er sich „an der Absetzung des Gefreiten“ (schon Hindenburg nannte Hitler so) beteiligen, „aber erst muß ich meine militärische Aufgabe Sewastopol lösen“. Im „Kreissauer Kreis“ machte man sich in der Kaffeestunde Gedanken über die Zusammensetzung einer „künftigen Regierung“ (nach dieser Liste konnte die Gestapo dann Dutzende verhaften). Der politische Kopf der Verschwörung, Leipzigs Oberbürgermeister, Dr. Goerdeler, war mir als Hausfreund meiner Tante, Helene v. Harck, bekannt; er wollte die Konzentrationslager nicht etwa auflösen, sondern lediglich die Wachen auswechseln, statt eines „Führerstaates“ sollte Deutschland ein Ständestaat aus seligen Kaiserzeiten werden; Goerdeler wollte, daß der Krieg nur im Westen eingestellt, im Osten aber fortgesetzt werden sollte.

Was wäre da für ein Deutschland herausgekommen - aus dieser dilettantischen „Verschwörung am Telefon“! Dennoch - auch dieser Opfer des Faschismus sollte gedacht werden! Aber Vorbildcharakter haben die meisten der Männer jenes 20. Juli nicht! Sie waren nicht würdig, daß Rekruten einer deutschen Armee auf ihr Andenken vereidigt wurden.

Oder doch? Es waren keine Balken da, die sich biegen konnten, als Herr Schröder mit seinen bislang krassesten Geschichtsfälschungen die Vereidigung begründete.

Als die Hände auf die Fahne gelegt waren und ein General die Eidesformel vorsprach, machten Feldjäger ihrem Namen Ehre: Sie jagten vor den Augen der Schröder, Scharping, Diepgen u.ä. ausgewählten Gästen über den Hof des Bendler-Blocks, auf dem vor 54 Jahren Stauffenberg und die Seinen ermordet wurden, Jungen und Mädchen, die die Sicherungen durchbrochen hatten, um ihren Protest gegen den Mißbrauch des 20. Juli sichtbar zu machen. Gegen eine Vereidigung auf die Bundeswehr, die gerade erst den Krieg fortsetzte, den die Truppen des Kaisers und Hitlers 1914 und 1940 gegen Jugoslawien begonnen hatten. Während aus den Lautsprechern Schröders Sprüche von Frieden und Freiheit, Menschenwürde und Menschlichkeit tönten, wurden junge Menschen geprüft, zu Boden geworfen und abgeschleppt. Man will an die Geschichte anknüpfen, um aus ihr zu lernen. Wir waren zu DDR-Zeiten historisch aufrichtiger als die Herrschaften im Bendler-Block, auch mit ihrem unsäglichem Geschwätz über das Holocaust-Denkmal. Wir hatten Schinkels ehrwürdige Neue Wache Unter den Linden im Herzen Berlins - nicht im Regierungsghetto - zum Mahnmal umgewandelt. „Den Opfern des Militarismus und Faschismus“ - Erde von Europas Schlachtfeldern und aus Europas Konzentrationslagern. Damit ehrten wir nicht nur die Opfer und Kämpfer anderer Völker und unseres eigenen Volkes, sondern schlossen in das Gedenken auch die deutschen Soldaten ein, die Opfer der Verführung des deutschen Imperialismus und der Befehle seiner Generale wurden. Das war ehrlicher und vernünftiger, als am Brandenburger Tor auf dem Territorium der Goebbels-Villa ein monströses Bauwerk zu errichten, das nicht zu Trauer und Nachdenken bewegt, sondern eine neue Selektion bedeutet: Kämpfer gegen Krieg und Kriegsmacher, Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter, Christen werden ausgesondert, der Antifaschismus wird abstrahiert, die Geschichte verfälscht. Ausländische Gäste und inländische Heuchler dürfen ihre Kränze in einem Wald von nichtssagenden Stelen abwerfen, die Kinder zum Versteckspiel und Neonazis zur Beschmutzung einladen.

Um aller Opfer des Faschismus zu gedenken, wäre es redlicher, die Stätten des Grauens - die Konzentrationslager - als unverfälschte Mahnmale zu erhalten und zu pflegen, statt sie sinnwidrig umzumodeln und ihre Geschichte zu verschweigen oder - wie auf dem Ettersberg - Dokumenten verschwinden zu lassen.

Karl-Eduard von Schnitzler

Ungleiche Gewichte auf der Waage der BRD-Justiz

Wir stehen zu Irmgard Jendretzky

Mit tiefer Sorge haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, daß die zu vier Jahren Freiheitsentzug verurteilte ehemalige DDR-Richterin, Genossin Irmgard Jendretzky (81), im September 1999 ihre Haftstrafe in Leipzig antreten soll. Ihre Verfassungsbeschwerde wurde abgelehnt, über ihre vier Gnadengesuche ist bislang noch nicht entschieden worden.

Irmgard Jendretzky wollte nach dem Ende der faschistischen Schreckensherrschaft in Deutschland dazu beitragen, die Verbrecher des Hitlerstaates zur Verantwortung zu ziehen. Sie wurde Volksrichterin. Als Beisitzerin eines in zweiter Instanz tätig werdenden Revisionssenats nahm sie in den 50er Jahren an Verfahren über erstinstanzlich ergangene Haft- und Todesurteile gegen Kriegsverbrecher und Nazimörder teil.

Die Verhandlungen vor Gerichten der DDR erfolgten in Erfüllung des Potsdamer Abkommens der Alliierten Mächte vom 17. Juli 1945 und auf der Grundlage des alliierten Kontrollrats-Gesetzes Nr. 10 vom 20. Dezember, der verbindlichen Entscheidungen der sowjetischen Militärbehörden und -gerichte, des Befehls Nr. 201 sowie des Artikels 6 der 1949 beschlossenen Verfassung der DDR sowie der darauf beruhenden Strafrechtsbestimmungen. Es waren ausnahmslos rechtsverbindliche Normen, an die das Handeln der damals tätigen Richter gebunden war.

In der mündlichen Urteilsbegründung aber wurden Irmgard Jendretzky vom westdeutschen Gerichtsvorsitzenden Rachege-lüste, Rechtsbeugung, Freiheitsberaubung und Totschlag unterstellt. Diese Vorwürfe liegen auch dem gegen sie ergangenen Unrechtsurteil zugrunde.

Unsere Empörung richtet sich besonders dagegen, daß mit der Verurteilung der betagten Antifaschistin die Nazihenker de facto rehabilitiert und deren Verbrechen durch die bundesdeutsche Justiz nachträglich weißgewaschen werden. Eigentlich müßte Genossin Jendretzky für ihr Handeln hohe Anerkennung finden, hat sie doch die Ehre der anständigen Deutschen in einer Zeit verteidigt, in der es im Westen Kräfte gab, die alles taten, um Faschisten zu schützen und ihnen den Weg in BRD-Regierungsämter und hohe Justizposten zu ebnen.

Zahlreich sind die Beispiele dafür, wie in der Bundesrepublik faschistische Täter wegen „Alters“ und „Krankheit“ von Ermittlungen, Strafverfolgung und -vollstreckung verschont blieben. Einer der letzten deutschen Kriegsverbrecher-Prozesse gegen Lehnigk-Emden (er ermorde-

te als Wehrmachtsangehöriger 1943 bei Caiazzo 15 Frauen und Kinder) ist vom Bundesgerichtshof im März 1995 wegen Verjährung eingestellt worden. Im Unterschied dazu wurden die Verjährungsfristen für sogenanntes DDR-Unrecht mehrmals verlängert. Einige weitere Beispiele, die belegen, wie Kriegsverbrecher in der BRD mit Glacehandschuhen angefaßt wurden:

- Wilhelm Richard, damals 69 Jahre alt, 1965 zu zweimal lebenslänglich wegen Mordes in 45 Fällen verurteilt. Nach fünf Monaten aufgrund von „Herz- und Kreislaufbeschwerden“ entlassen;

- Georg Schlosser, damals 49 Jahre alt, 1965 wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Die Prozeßeinstellung erfolgte durch den BGH;

- Robert Mulka, damals 70 Jahre alt, 1969 wegen vielfachen Mordes in Auschwitz zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt. Kurze Zeit später infolge Haftunfähigkeit entlassen.

Alle diese Tatsachen beweisen, daß die Gewichte auf der Waage der Bonner Justiz stets ungleich verteilt waren.

Bei den in der unmittelbaren Nachkriegszeit auf DDR-Gebiet verurteilten faschistischen Straftätern handelt es sich um Personen, denen eindeutig Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Folter, Mißhandlungen und Mord nachgewiesen wurden. Ihre Handlungen als Kriegsrichter oder Staatsanwälte, als KZ-Aufseher oder Mörder von Zivilisten in besetzten Gebieten hätte jedes ordentliche Gericht nicht minder streng geahndet. Unter den Angeklagten von Verfahren, an welchen Irmgard Jendretzky als Beisitzerin teilgenommen hat, seien beispielhaft hier genannt:

- Rosenmüller, Generalstaatsanwalt am Sondergericht Dresden; er erwirkte wegen „Volkszersetzung“ 15 Todesurteile;

- Oberstabsrichter W. Schmidt; er verhängte u.a. in der UdSSR, in Frankreich und in der Tschechoslowakei Todesurteile gegen Zivilisten und Kriegsgefangene;

- Kriegsgerichtsrat Rechenbach; er wirkte an über 1.200 Militärgerichtsverfahren und 30 Todesurteilen mit;

- Aufseher Karl Steinberg; er richtete im KZ Auschwitz Häftlinge hin.

Alle Urteile gegen solche unmenschlichen Gewaltverbrecher entsprachen nicht nur dem geltenden Recht, sondern auch dem Verlangen der Menschen in allen Ländern, die unter Krieg und Hitlerdiktatur gelitten hatten.

Wir richten an alle Politiker in Deutschland die dringende Forderung, ihre Autorität und die Kraft ihrer Ämter dafür einzuset-

zen, daß der hochbetagten und schwerkranken Irmgard Jendretzky die allein politisch motivierte demütigende Inhaftierung erspart bleibt. Damit wurden die gegenwärtigen Machthaber einen Beitrag zur Glaubwürdigkeit des rechtsstaatlichen Anspruchs der BRD leisten und einen Nachweis eigener antifaschistischer Gesinnung sowie der Achtung menschenrechtlicher Grundsätze erbringen.

Wir bitten alle „RotFuchs“-Leser, alle Freunde und Genossen, sich der Solidarität mit Irmgard Jendretzky anzuschließen. Proteste sind zu richten an:

Staatsregierung des Freistaates Sachsen, Justizminister Steffen Heitmann, Archivstraße 1, 01097 Dresden.

Solidaritätspost übermittelt bitte der „RotFuchs“-Redaktion oder dem Solidaritätskomitee für die Opfer der politischen Verfolgung in Deutschland zur Weiterleitung an die Genossin Jendretzky.

Lena und Kurt Andri

Der „RotFuchs“-Redaktion sind aus Santiago de Chile folgende Zeilen - verbunden mit einem Schreiben an Irmgard Jendretzky - unter dem Datum des 29. Juli 1999 zugegangen:

Liebe Lena, lieber Kurt, bitte seid so lieb und vermittelt diesen Gruß aus Chile an Irmgard Jendretzky. Seid bedankt für die letzte „RotFuchs“-Sendung und Euren Brief. Ich lasse wieder von mir hören. Herzliche Kampfesgrüße
Eure Margot Honecker

Die Karte trägt auch die Unterschrift des langjährigen ehemaligen Generalsekretärs der KP Chiles, Genossen Luis Corvalan.



Erklärung der GRH zu unglaublichen „Spiegel“- Erfindungen über das MfS

Münchhausens „Röntgenkanonen“

Die Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung e.V. (GRH) hat in einer von ihrem Vorsitzenden Prof.Dr.sc. Siegfried Mechler unterzeichneten Erklärung zur Kampagne gegen Verantwortliche des MfS über den angeblichen Mißbrauch von Röntgenstrahlen gegen „Regimekritiker“ Stellung genommen. Wir veröffentlichen im folgenden das Dokument, mit dem sich auch die Redaktion des „RotFuchs“ solidarisiert.

Im „Spiegel“ und kolportiert von anderen Medien wird die ungeheuerliche Behauptung aufgestellt, in den Untersuchungshaftanstalten (UHA) des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) seien Regimekritiker mit Röntgeneräten verstrahlt worden. Diese die persönliche Ehre und Würde der Betroffenen schwerwiegend verletzende neuerliche Kampagne weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück.

Sie erweckt den wiederholten Eindruck, daß bestimmte immer gleiche Kräfte ihren ungezügelter Haß gegen die DDR medienwirksam machen wollen, wenn politische Zwecke durch Verteufelung der DDR, insbesondere ihrer Staatsträger, verfolgt werden sollen. Wir stellen fest:

Statut und Praxis der UHA der DDR entsprachen dem Völkerrecht und der damit übereinstimmenden Rechtslage der DDR. Röntgentechnik ist zu keiner Zeit gegen Menschen, also auch nicht gegen sogenannte Regimekritiker, eingesetzt worden. Nur kranke oder böswillige Gehirne können sich solche Greuelmärchen über „Röntgenkanonen“ gegen Menschen ausdenken. Etwa 1984/85 ist in wenigen ausgewählten UHA die Röntgentechnik probeweise für kriminaltechnische Zwecke mit der Zielstellung versucht worden, die Suche nach versteckten Gegenständen in den Asservaten von Beschuldigten bzw. in anderen Sachen zu verbessern. Im übrigen kommen in den Justizvollzugseinrichtungen der BRD solche kriminaltechnischen Praktiken bereits seit den 70er Jahren zum Zuge.

Die Methode erwies sich für die DDR als nicht effektiv. Der Versuch wurde beendet und nicht auf weitere UHA ausgedehnt. Das Amt für Strahlenschutz hat darüberhin- aus erklärt, daß die eingesetzten Geräte technisch und von der Strahlendosis her nicht geeignet waren, Menschen dauerhaft zu schädigen.

Wir verlangen die rückhaltlose Aufklärung dieser Verleumdung. Die Urheber und die die Verletzung der Würde des Menschen billigend in Kauf nehmenden oberflächlich recherchierenden Journalisten müssen sich dafür verantworten. Mit Pressefreiheit hat das nichts mehr zu tun! □

Sonntagsruhe oder der Tick mit der Ethik

Zweierlei Sicht

Kaum sind die direkten Kriegshandlungen gegen Jugoslawien beendet, da führen die Deutschen schon wieder „Krieg“: diesmal zuhause, um die Ladenöffnungszeiten, um ungebremsten Warenverkauf am Sonntag. Überragend wichtiges Thema, ganz klar, geht uns (fast) alle an - wer ist kein Käufer! Da ist jeder von uns direkt beteiligt - um Bomben über Jugoslawien auszuklinken oder Raketen auf das Land abzufeuern, brauchte man nur ganz wenige.

Wie der zahlreiche Menschenopfer fordernde Krieg auf dem Balkan wirft auch die Auseinandersetzung um den Sonntagshandel juristische Fragen auf. Doch da gibt es erstaunliche Unterschiede in der Bewertung. Unser frischgewählter Bundespräsident zum Beispiel erinnert an den Verfassungsgrundsatz der Sonntagsruhe und weist sich zudem als Bewahrer ethischer Werte aus, wenn er laut FAZ vom 7. August meint, der einkaufsfreie Sonntag bewiese, „daß wir mehr sind als Konsumenten“. Noch als Kandidat für das hohe Amt schwieg er tunlichst zu möglichen Problemen mit der Verfassung, als er Krieg gegen Jugoslawien zu führen für notwendig befand. Mir ist auch nicht Erinnerung, daß sich der kirchenfromme „Bruder Johannes“ für die Sonntagsruhe der orthodoxen Glaubensbrüder in Serbien eingesetzt hätte, als die Bundeswehr-Tornados sogar am Ostersonntag ihre Einsätze flogen! Auch unsere Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin pflegt offenbar eine durchaus unterschiedliche Gewichtung der Probleme aus juristischer Sicht. „Der Verkauf am Sonntag sei ein bewußter Rechtsverstoß“, gibt die FAZ ihre Meinung wieder und zitiert sie dann mit den Worten: „Hier wird ganz scheinheilig erklärt, das Gesetz sei unklar, was es gar nicht ist.“ Richtig empört hört sich das an. „Nur, sehr verehrte Frau Däubler-Gmelin“, möchte man da erstaunt fragen, „was zum Beispiel ist mit dem Kriegsbeschluß des Bundeskabinetts, an dem Sie selbst mitgewirkt haben? Das war doch wohl nicht nur ein ‘Gesetzesverstoß’, den Sie jetzt heftig rügen, das war doch wohl ‘Verfassungsbruch’!“

„Zur Änderung des Gesetzes über die Sonntagsruhe müsse der normale parlamentarische Weg beschritten werden“, läßt sich die Ministerin weiter zitieren. Richtig, der Meinung war ich schon im Hinblick auf unsere Beteiligung an der NATO-Aggression gegen Jugoslawien. Rechtlich korrekt wäre es wohl gewesen, wenn man denn schon meinte, über

den Verteidigungsauftrag hinaus die Bundeswehr fortan zu Angriffskriegen einzusetzen, zuvor das Grundgesetz entsprechend zu ändern. Aber bekanntlich ist das in einem Rechtsstaat ein umständliches Verfahren. So werden wir diesen Aufwand wohl eher im Hinblick auf die Sonntagsruhe treiben - im Umgang mit Krieg und Frieden waren die Deutschen ja noch nie so pingelig. Siehe „Ab 5.45 Uhr wird zurückgeschossen ...“ Am 1. September ist das gerademal 60 Jahre her!

Aber keine Sorge! Daß unser Rechtsstaat in Krisensituationen schnell und flexibel funktioniert, bewiesen jüngst die unteren Gerichte, als sie sogar noch nach Feierabend zusammentraten, um Eilentscheidungen pro oder contra in der schließlich existentiellen Frage „Ladentür am Sonntag auf oder zu“ zu treffen. Der Generalbundesanwalt sah hingegen bis heute keinen Anlaß, die Beschwerden namhafter Juristen wegen des Kriegsbeschlusses der Bundesregierung aufzugreifen, und gleichermaßen fand das Bundesverfassungsgericht die Klage der PDS-Fraktion aus demselben Anlaß keiner Verhandlung wert. Wollen wir wetten, daß sich das Hohe Gericht demnächst mit der Frage „Ladenöffnung am Sonntag“ befassen wird? Das ist, wie gesagt, ein Thema, das direkt oder indirekt alle Bürger betrifft, nicht nur materiell, sondern es geht dabei auch um die höchsten Werte des Abendlandes aus christlicher Sicht.

Was dagegen ist schon so ein bißchen Krieg gegen die sowieso bösen Serben, an dem 99,9999 ... Prozent der Bundesbürger höchstens per TV beteiligt waren? Endlich mal ein Quantum realer Horror auf dem Bildschirm statt der alltäglichen Schreckensszenarien, von denen man ohnehin weiß, daß sie nur gestellt sind.

Justitia wird seit altersher bekanntlich mit einer Binde vor den Augen dargestellt. Von der bundesdeutschen Justiz hat man den Eindruck, daß sie sehenden Auges die Gewichte auf ihrer Waage ungleich verteilt.

P.S. Man könnte natürlich vermuten, dies hänge damit zusammen, daß an der Ladenöffnung am Sonntag in erster Linie nur die Großkonzerne des Handels interessiert sind, während der Krieg gegen Jugoslawien das Geschäft der Rüstungsindustrie war. Aber natürlich ist das keine Unterstellung, sondern nur eine bloße Vermutung ...

Rolf Vellay

Aus dem Leben unserer Gruppe

Eindrucksvolle KKE

Am 27. Juli hatten wir Besuch von Genossen Thanassis Georgiu, seit etlichen Jahrzehnten Mitglied der Griechischen Kommunistischen Partei (KKE). Mitreißend und voller Elan spricht der Hochbetagte (85!) über Erfahrungen aus der Geschichte und aktuelle Positionen seiner Partei. Er kam 1949 als Verbindungsmann der KKE zur SED nach Berlin, wo er seither als Journalist lebt. Unzählige seiner Artikel sind in der Athener Zeitung „Rizospastis“ und anderen Blättern erschienen.

Die KKE ist die älteste aller griechischen Parteien: sie wurde im November 1918 gegründet, zunächst unter dem Namen Sozialistische Arbeiterpartei. Von Anfang an vertrat sie konsequent revolutionäre Positionen; in ihrem Programm bekannte sie sich zur Diktatur des Proletariats und zum demokratischen Zentralismus. Bereits im Mai 1919 erklärte sie ihren Austritt aus der II. und vollzog den Beitritt zur III. Internationale. Sie forderte die Anerkennung der jungen Sowjetunion und die Beendigung des folgeschweren militärischen Abenteuers der seinerzeitigen griechischen Machthaber in der Türkei.

Der 80. Jahrestag ihrer Gründung war Anlaß für eine umfassende Rechenschaftslegung der Partei vor dem Volk. Ein Kerngedanke dieses Jubiläums sei gewesen, daß die KKE niemals Abstriche von ihrer marxistisch-leninistischen Position zugelassen habe. Erst vor wenigen Jahren habe sie sich von Bewunderern der Gorbatschow-Ideologie getrennt, darunter einigen Kandidaten des Politbüros, die inzwischen der revisionistischen Gruppierung Synaspismos angehören.

„Marx und Lenin brauchen nicht neu definiert zu werden - wir müssen nur so handeln, wie sie es ausgearbeitet haben.“ Starker Beifall für diesen Satz. Als Genosse Georgiu später nach dem Verhältnis der KKE zur PDS gefragt wird, kommt er noch einmal auf Synaspismos zurück und teilt mit, daß Bisky und Gysi bei einem Aufenthalt in Griechenland sowohl die KKE-Repräsentanten als auch die Führer jener Gruppierung aufgesucht hätten. Das griechische Volk habe bei den letzten Wahlen die konsequente Haltung der KKE honoriert: bei der Europa-Wahl konnte die Partei fast neun Prozent der Stimmen erringen (2,4% Zuwachs); sie entsendet nunmehr drei statt bisher zwei Abgeordnete nach Strasbourg. Das ist in der Diskussion dann Anlaß für einen unserer Genossen, auf den Gegensatz zur Haltung zur Französischen KP hinzuweisen, deren Abschneiden in der Wählergunst genau die umgekehrte Tendenz aufweist. Bereits aus den Kommunalwahlen 1998 sei die KKE mit sehr guten Ergebnissen hervorgegangen, berichtet unser griechischer Gast.

Die Ausführungen von Thanassis Georgiu machen ein weiteres Charakteristikum deut-

lich: die KKE mußte sich häufig unter den Bedingungen faschistischer Diktaturen bewähren. Als Höhepunkte der Verfolgung werden die Herrschaft des Generals Metaxas (1936 bis 1940), die Zeit der faschistischen deutschen Okkupation (1941 bis 1944) und die Obristen-Diktatur (1967 bis 1974) genannt. „Bis 1974 ist kein Jahr und keine Woche vergangen, in der die Partei keine Opfer bringen mußte“. Obwohl bürgerliche Politiker vom bewaffneten Widerstand gegen die übermächtigen Nazi-Okkupanten abgeraten hätten, seien die Kommunisten nicht ins sichere Ausland emigriert, sondern hätten gekämpft. „Es waren zwei junge Kommunisten, die am 31. Mai 1941 die Hakenkreuzfahne von der Akropolis herunterrissen.“

Die Partei habe jedoch den Kampf nicht isoliert geführt; Vertreter fast aller Gruppen und Schichten der Bevölkerung hätten in der griechischen Volksbefreiungsarmee ELAS Schulter an Schulter gekämpft. Grausam hätten sich die Faschisten dafür gerächt: 400 000 Tote, darunter 60 000 in die Gaskammern verschleppte Juden und 50 000 hingerichtete Geiseln, wobei die KKE die größten Opfer gebracht hat. Ende 1944 war ganz Griechenland befreit, doch den deutschen folgten britische Truppen, die die bedingungslose Kapitulation der ELAS forderten. Nach 34 Tagen Kampf in Athen mußte sie den Widerstand einstellen - allerdings unter Zusage von Straffreiheit für ihre Angehörigen.

Diese Zusage sei nicht eingehalten worden: reihenweise habe man die ELAS-Kämpfer hingerichtet. Ein neuer Exodus in die Berge sei die Folge gewesen. In dieser Situation habe USA-Präsident Truman auf Drängen Englands und der griechischen Kollaborateure seine berüchtigte „Doktrin“ verkündet: Da die Griechen nicht Herr der Lage würden, müßten die USA das „Vakuum“ auffüllen und mit Kriegsmaterial helfen. So sei eine Übermacht im Verhältnis von 5:1 entstanden, die nicht durch Patriotismus allein ausgeglichen werden konnte. Nach drei Jahren war der Kampf zuende; viele tausend Partisanen mußten in den sozialistischen Ländern eine neue Heimat suchen. Genosse Georgiu sei damals mit einer Gruppe von 12 Genossen ohne irgendwelche Habseligkeiten oder Papiere nach Italien gelangt. Die dortigen Kommunisten hätten seine Auslieferung an Griechenland verhindert. Über Prag sei er dann nach Berlin gekommen. Athen habe für die USA-„Hilfe“ einen hohen Preis bezahlt: den NATO-Beitritt und die Bereitstellung mehrerer Stützpunkte, von denen kürzlich Bombeneinsätze gegen Jugoslawien geflogen worden seien.

Breiten Raum nehmen in den Ausführungen Fragen des proletarischen Internationalismus ein. Die KKE habe in den letzten Jahren

wiederholt internationale Konferenzen ausgerichtet; im Mai 1999 seien zuletzt 55 Parteien beteiligt gewesen.

In der Diskussion werden Fragen nach der Position der KKE zum Kampf der kurdischen Genossen gestellt. Auch das Zypern-Problem spielt eine Rolle. Der Gast antwortet: „Der neueste Trick besteht darin, daß die NATO diese Frage aus der Kompetenz der UNO herauslösen will“. Immer wieder kommt Thanassis Georgiu auf die NATO-Aggression gegen Jugoslawien zurück. „Milosevic hat patriotisch gehandelt, von Verbrechen hat er sich distanziert. Die Opposition, die sich jetzt etabliert, will doch nur amerikanische Politik machen; ein anderes Ziel hat sie nicht.“

Man kommt auf Mikis Theodorakis zu sprechen. „Ein großer Komponist und antifaschistischer Kämpfer. Wir bemühen uns sehr um seine Nähe und würden ihn jederzeit wieder verteidigen“. Das Gespräch dreht sich um die Haltung zur sozialdemokratischen PASOK, den Kampf der KKE auf dem Lande und die Jugendarbeit. „Die KKE besitzt als einzige griechische Partei seit den 20er Jahren eine starke Jugendorganisation, die es z.B. erreicht hat, daß Vertreter aller griechischen Jugendverbände während des Krieges nach Belgrad gefahren sind, um sich von den NATO-Lügen über die Bombardements ein eigenes Bild zu machen und die Wahrheit zu verbreiten.“ Leidenschaftlich setzt sich der Gast dafür ein, daß man jungen Leuten ehrlich und aufrichtig gegenüber treten muß, wenn man sie gewinnen will. Und dann spricht er uns direkt an: „Wenn man sagt, die DDR war gut, aber ... und dann kommt ein Dutzend Einschränkungen, dann hat man schon verloren.“ Beifall mitten im Satz.

Eine Frage wird gestellt nach der Arbeit der KKE in Betrieben und Gewerkschaften. Und nun antwortet Genosse Tsiolakis, einer der griechischen Teilnehmer der Versammlung. „Besonders im Bauwesen und im Schiffbau sind wir stark. Dort haben wir in jedem Betrieb eine kommunistische Zelle. Im Mittelpunkt stehen Probleme der Arbeitskämpfe, die Überwindung der sogenannten Null-Runde bei Tarifabschlüssen und die Unterstützung der Rentner.“ Dann zieht er einige wenig schmeichelhafte Vergleiche zur entsprechenden Situation in Deutschland. Wir alle sind mit seinem Fazit einverstanden: „Wir sollten uns öfter zusammensetzen.“

Noch einmal nimmt Genosse Georgiu das Wort. „Das Wichtigste in unserer Arbeit ist, immer von den Interessen des Volkes auszugehen. Unsere Strategie ist die Schaffung einer Volksfront auf sozialer und politischer Ebene, die sich nicht um Parlamentssitze und Regierungsposten bemüht, sondern sich im Kampf der Massen engagiert.“ Und er verweist auf die Sage von dem antiken Recken Antäus, der erst bezwungen war, als er den Boden unter den Füßen verloren hatte. Alle verstehen die Anspielung - auch ohne genaue Kenntnis der griechischen Mythologie.

Frank Mühlefeldt

Eindrücke einer bewegenden Reise

Keßlers in Cuba

Genosse Keßler, Du warst mit Deiner Frau eingeladen, nach zehn Jahren Cuba erneut zu besuchen. In dieser Zeit richtete sich die Verfolgung der Justiz der BRD gegen Dich.

Welche Eindrücke und Empfindungen hast Du von Deiner Reise vor allem mitgebracht?

Heinz Keßler: „Wenn man davon ausgeht, daß Cuba nach dem Wegfall der politischen, ökonomischen und Handelsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern - insbesondere der Sowjetunion - 1990 faktisch bei Null angefangen hat, kann man nur Hochachtung vor der Standhaftigkeit, Zielstrebigkeit und dem Erfindungsgeist des cubanischen Volkes, seiner Kommunistischen Partei und der führenden Politiker empfinden. Dabei ist zu beachten, daß sich Cuba seit vielen Jahren de facto in einem nicht offiziell erklärten, vom USA-Imperialismus inszenierten Krieg befindet.“

Ihr seid drei Wochen durch Cuba gereist und hattet sicherlich interessante Gespräche mit langjährigen Freunden und Genossen. Wie beurteilst Du die gegenwärtige Situation des Landes?

Heinz Keßler: „Wir hatten Gespräche mit vielen Menschen, darunter verantwortlichen Politikern. Was uns besonders beeindruckte, wenn auch graduell unterschiedlich, war die ehrliche, aufrichtige, realistische Darstellung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der latenten Gefahren für das sozialistische Cuba. Bei allen Gesprächspartnern war ein nach meiner Meinung berechtigter Stolz darüber zu bemerken, daß Cuba die außerordentlichen Schwierigkeiten zu meistern vermochte, das Tal durchschritten hat und auf dem Weg nach oben ist.“

Es ist schon bewundernswert, in welcher Qualität und Quantität einzigartige touristische Zentren in Kooperation mit Unternehmen anderer Länder aufgebaut wurden. Wie jeder Besucher sehen kann, werden sie von hunderten Tausenden, ja Millionen Touristen angenommen.

Da durch den Tourismus und auf anderen Wegen viele US-Dollars ins Land kommen, sah sich die staatliche Führung genötigt, sie als Zweitwährung zuzulassen. Das schafft, so erklärten die Gesprächspartner, zusätzliche soziale und andere Probleme. Ein gut organisiertes System sichert aber die Grundversorgung aller Bevölkerungsteile auf Peso-Basis.

Die Energieversorgung, die 1990 auf wenige Prozent abgesunken war, ist heute

weitgehend gewährleistet. Es sind aber große Anstrengungen notwendig, wurde immer wieder betont, den perspektivischen Anforderungen gerecht zu werden. Ähnliches berichteten die Gesprächspartner über das Transportproblem. Zusammenfassend kann man sagen, daß die überwiegende Mehrheit des cubanischen Volkes unter diesen weiterhin schwierigen Bedingungen fleißig und hingebungsvoll arbeitet und unter Führung seiner Kommunistischen Partei die Errungenschaften der Revolution verteidigt.“

Die bürgerlichen Medien werden nicht müde, das Ende des sozialistischen Cuba „nach Castro“ zu prophezeien. Sie verunsichern mit dieser ständigen Propaganda nicht wenige Bewunderer und Freunde der Cubanischen Revolution. Du hast viele Jahre als Mitglied des Politbüros und Minister der DDR-Regierung Verantwortung getragen. Haben sich Deine Erwartungen hinsichtlich der weiteren sozialistischen Entwicklung Cubas bestätigt?

Heinz Keßler: „Ja, es stimmt, daß Cuba von den erwähnten Medien ständig attackiert wird, daß die Leistungen seines Volkes ignoriert und damit die Menschen beleidigt und auch unterschätzt werden. Jeder, der die Entwicklung und das Leben in Cuba seit Jahren verfolgt, weiß natürlich um die hervorragende Rolle des cubanischen Patrioten und Internationalisten Fidel Castro und der vielen Frauen und Männer, die den revolutionären Prozeß in Cuba in Gang brachten und vorantreiben. Wer aufmerksam und sachlich das gesellschaftliche Leben in Cuba betrachtet, stellt aber auch fest, daß viele jüngere und junge Frauen und Männer mit hoher Bildung in den Kommunen, Provinzen und in der Zentrale in verantwortliche Positionen nachgerückt sind. Im übrigen muß jeder aufrichtige, objektive Beobachter bemerken, daß Cuba - verglichen mit anderen lateinamerikanischen und caribischen Staaten - auf vielen Gebieten einen hervorragenden, ja, den ersten Platz einnimmt. Und zwar trotz der genannten Schwierigkeiten. Daher denke ich, daß Cuba seinen progressiven Weg ungeachtet aller Anfeindungen gehen wird.“

Du hattest Gelegenheit, die von der DKP organisierten, unter Einsatz mehrerer Solidaritätsbrigaden und aus Spenden errichteten drei medizinischen Einrichtungen in Matanzas zu besuchen. Welchen Eindruck hattest Du?

Heinz Keßler: „Zuerst ist festzuhalten, daß

die Mitglieder und Sympathisanten der DKP durch die von ihnen finanzierten und geschaffenen medizinischen Einrichtungen ein die Zeiten überdauerndes Zeugnis der Solidarität mit dem cubanischen Volk abgelegt haben. Diese von deutschen Bürgern errichteten Zentren nehmen ihren Platz in dem für viele Länder dieses Kontinents beispielgebenden Gesundheitssystem Cubas ein. Die Schwestern, Ärzte, Therapeuten und Patienten, mit denen wir sprachen, haben uns eindringlich gebeten, allen, die das geleistet haben, ihren von Herzen kommenden Dank zu übermitteln.“

Unabhängig von seinen inneren Problemen hat das sozialistische Cuba stets internationalistische Solidarität geübt und vielen Ländern, insbesondere der Dritten Welt, Hilfe in verschiedenster Form geleistet. Wie können wir Cuba am wirksamsten helfen?

Heinz Keßler: „Wiederholt wurde uns nicht ohne Stolz berichtet, daß Cuba vielen Staaten mit Ärzten und anderem medizinischen Personal nach wie vor eine beachtliche Hilfe erweist. Auch daraus ergeben sich Bewunderung und Sympathie besonders der lateinamerikanischen und caribischen Völker für die Cubanische Revolution. Heute ist politische, finanzielle und materielle Unterstützung, auf die sich das cubanische Volk einen moralischen Anspruch erworben hat, notwendig, damit der erste sozialistische Staat in Amerika seinen schwierigen Weg zum Aufbau einer gerechten Gesellschaft fortsetzen und trotz der von außen bereiteten Probleme überstehen kann.“

Wer etwas für den Frieden, die Völkerverständigung und den Sozialismus tun will, der tue etwas für Cuba! Angesichts der friedensfeindlichen NATO-Strategie gilt noch mehr die Devise: Hände weg von Cuba - friedliche Entwicklung für Cuba!“

Das Interview führte **Hartwig Strohschein**

Brecht die Blockade



Leserbrief an die „Sowjetskaja Rossija“

Die Wahrheit über Belorußland

Die russischen Massenmedien haben mitgeteilt, daß die amerikanische Regierung und andere ernsthaft bezweifeln, daß die Präsidentschaft von Alexander Lukaschenko noch legitim ist; seine Befugnisse seien am 20. Juli 1999 abgelaufen. Warum diese Sorge? Ich weiß, daß in Belorußland erst ein Referendum durchgeführt wurde und der heutige Präsident - entsprechend den Ergebnissen dieser Volksbefragung - seine Republik leitet.

Es ist mir nicht bewußt, daß die Amerikaner ähnlich besorgt waren, als Pinochet 1973 den rechtmäßigen Präsidenten Chiles absetzte und sein „Referendum“ mit Flugzeugen und Panzern durchführte, was Tausende Chilenen das Leben kostete. Auch hörte man 1993 von keiner besonderen Empörung, als Jelzin die Verfassung, auf die er geschworen hatte, in den Schmutz trat, die Sowjets aller Ebenen auseinanderjagte und vor den Augen der Welt das Parlament in Moskau aus Panzern niederschießen ließ. Dabei sind Dutzende friedliche Bürger ums Leben gekommen ...

Ich wundere mich nicht über die Position der „Rechtsschützer“ und „Demokraten“ jenseits des großen Teiches. Sie sind bereit, mit Belorußland genauso zu verfahren wie mit Jugoslawien, mit Lukaschenko genauso wie mit Milosevic. Auch die wütenden Angriffe unserer hausgemachten „Rechtsschützer“ verwundern nicht. In den vergangenen 10 Jahren haben wir all diese Sobtschaks, Gaidars, Kosyrews und wie sie alle heißen gut durchschaut.

Wofür hassan denn nun die Leute „hinterm Teich“ und auch die hiesigen Beschützer des belorussischen Volkes den heutigen Präsidenten dieser Republik?

Dafür, daß er im Gegensatz zu Rußland den belorussischen Neureichen nicht gestattet, alle Reichtümer, die im Lande von Belorussen und anderen Bewohnern der Republik in der Zeit der Sowjetmacht geschaffen wurden, zu rauben?

Dafür, daß es in Belorußland nicht eine solche Bettelarmut gibt wie in Rußland?

Dafür, daß in Belorußland - im Gegensatz zu Rußland - nicht die Korruption auf allen Ebenen der Verwaltung blüht?

Dafür, daß in Belorußland, das weder Erdöl noch Gas oder sonstige Bodenschätze besitzt, praktisch nur über Wald, Sümpfe und ein sehr arbeitsames Volk verfügt, daß in Belorußland, das seinerzeit die „Montagehalle“ der Sowjetunion war, die eigene Industrie nicht bis zum Grunde vernichtet wurde, sondern auch heute noch Kühlschränke, Traktoren, Fernseher und andere konkurrenzfähige Waren produziert werden?

Dafür, daß es in Belorußland nicht massen-

weise Arbeitslose und verwahrloste Kinder gibt und ein umfassendes Verbrechertum - wie in Rußland - herrscht?

Dafür, daß wir in Moskau aus allen Ecken und Enden der ehemaligen Sowjetunion von ethnischen Verbrechergruppen hören - mit Ausnahme Belorußlands?

Dafür, daß Lukaschenko sich im Unterschied zu den meisten Leitern der ehemaligen Sowjetrepubliken nicht zum Chan, Sultan oder Zar gemacht hat?

Dafür, daß nicht zu hören ist, daß der Präsident oder seine Familie und Umgebung offen die eigene Republik berauben und die Beute ins Ausland abschieben?

Dafür, daß nichts zu hören ist von goldbringenden Funktionen, die sein Sohn oder seine Gattin ausüben, oder von gewinnbringenden Aufträgen an Betriebe seiner Frau oder seiner Verwandten? Allerdings, soweit ich weiß, verfügen seine Verwandten über keinerlei Business. Auch das ist ein ernster Unterschied Belorußlands zu Rußland und den anderen Republiken der GUS.

Dafür, daß Belorußland noch nicht zum Müllplatz wurde, daß es noch nicht Angst und bange macht, dort zu leben? Und das trotz Tschernobyl, das genauso wie der vergangene Krieg (jeder dritte Bürger Belorußlands ist im Krieg mit Hitlerdeutschland ums Leben gekommen) noch lange im Gedächtnis bleiben wird!

Dafür, daß Lukaschenko seinem Volk nicht einem Tschetschenien- oder Karabach- oder Abchasienkrieg aufgebürdet hat?

Dafür, daß die Werktätigen in Belorußland ihren Lohn, die Rentner ihre Rente erhalten und nicht - wie in vielen Regionen Rußlands - im wörtlichen Sinne verhungern?

Die Märchen, daß es sich bei den Löhnen und Renten um Bettelsummen im Vergleich zu Rußland handelt, sind für Unwissende gedacht: man braucht nur das Einkommen der einfachen Arbeiter und Angestellten zu vergleichen, ohne die Bezüge von Beresowski und Gusinski und Chodorkowski und wie sie alle heißen mit in die Durchschnittsrechnung aufzunehmen.

Dafür, daß sich die Belorussen nicht für ihr Land und ihr Volk schämen müssen?

Meiner Meinung nach ist der heutige Präsident Belorußlands weit vom Ideal entfernt. Vieles in seinen Handlungen und in seinem Benehmen gefällt mir nicht. Aber - die Erkenntnis kommt beim Vergleich. Und wenn ich ihn mit den anderen Chefs der früheren Sowjetrepubliken vergleiche, bin ich gezwungen zuzugeben, daß die Belorussen Glück haben. Oder besser gesagt, sie waren weiser als viele von uns.

B. Lebedew Erschienen am 31. Juli 1999
Übersetzung: Dr. Peter Tichauer

Zahlen und Fakten

Die Republik Belarus, die nur 3% der Bevölkerung der einstigen Sowjetunion und nur ca. 1% ihrer Fläche besitzt, hat 1998 bedeutende Produktionssteigerungen erzielt. Sie erzeugte 25% des Mineraldüngers, 54% der Kunstfasern, 64% der Traktoren, 35% der Kühl- und Gefrierschränke, 39% der Fernseher, 16% der Butter und 14% der Fleischprodukte auf dem Gesamtterritorium der früheren UdSSR.

In den großen Industrie- und Landwirtschaftskomplexen sind die Eigentumsstrukturen im wesentlichen unverändert geblieben.

Überlebenshilfe

Alle wissen, daß sich der „RotFuchs“-Kessel auf einem schmalen Grat befindet. Mit anderen Worten: Wir haben kein finanzielles Hinterland. Wenn wir trotz mancher Zitterpartie in allen 19 Monaten unserer bisherigen Existenz knapp über die Runden gekommen und unseren inzwischen nach Tausenden zählenden Lesern keinen einzigen „RotFuchs“ schuldig geblieben sind, dann ist das nur einer Tatsache geschuldet: Eurer Solidarität, liebe Genossen und Freunde. Ihr habt in einer uns menschlich zutiefst berührenden Weise dafür gesorgt, daß uns der Atem nicht ausgegangen ist. Jede Briefmarke, jeder Schein, jeder Scheck waren - im durchaus wörtlichen Sinne - Überlebenshilfe für eine im rauen Klima dieses kalten Landes vom Aussterben bedrohte Art: die authentisch kommunistische Presse.

Damit wir auch morgen noch für Euch schreiben, setzen, drucken und versenden können - Technik, Material und Vertrieb werden immer teurer - bitten wir alle: Laßt uns nicht im Stich! Vielleicht könnten ja diejenigen unter Euch, die ein kleines Polster besitzen, aus Anlaß des 50. Gründungstages der DDR, deren weiterwirkendem Vermächtnis wir unerbittlich verbunden sind, einmal zusätzlich an den „RotFuchs“ denken. Damit wir das unverzichtbare kleine Blatt ohne Kostenerstattung auch an jene schicken können, die als Strafrentner oder Sozialhilfe-Empfänger selbst nichts zuzusetzen haben. Seid schon jetzt bedankt

Eure „RotFuchs“-Redaktion

Zum 50. Jahrestag der Klassenschlacht von Peekskill

Unvergeßlicher Paul Robeson

Zum fünfzigsten Mal jährt sich in diesen Wochen der Tag einer großen Klassenschlacht des Anderen Amerika: des Peekskill-Konzerts. In ihrem Mittelpunkt stand ein unvergeßlicher Künstler von Weltruhm: der Kommunist und treue Freund der Sowjetunion Paul Robeson, langjähriges Mitglied der KP der USA. Im Lakeland Acres Picnic Ground trotzten tausende anständige, antifaschistische Amerikaner - Arbeiter und Studenten, Veteranen der Antihitlerkoalition und linke Intellektuelle - einem ihr Lebenbedrohenden Lynchmob und der furchtbaren Ideologie des McCarthyismus, die ihn zu seinen antikommunistischen und antisemitischen Exzessen aufgestachelt hatte.

Der Civil Rights Congress - eine der damals einflussreichen KP nahestehende Bürgerrechtsorganisation - hatte für den 27. August 1949 schon das vierte Jahr nacheinander zu einem Robeson-Konzert in die malerische Gegend von Peekskill eingeladen, wo im Sommer zahlreiche Proletariatsfamilien - unter ihnen viele Angehörige des in New York starken und von dem führenden Kommunisten Irving Potash geleiteten Verbandes der Pelz- und Lederarbeiter sowie der Nähergewerkschaften - billig Camping machten. Um Robeson zu hören, kamen stets auch hunderte Afroamerikaner in den Ground. Bevor das 49er-Konzert beginnen konnte, blockierten mehr als 1.000 örtliche Rechtsradikale und Bigotte - Peekskill gilt bis heute als Hochburg der besonders reaktionären Republikanischen Partei - grölend und drohend den Zugang zum Picknickgelände. Sie hatten sich mit Schlaginstrumenten ausgerüstet und brüllten Haßparolen gegen Schwarze, Juden und Kommunisten, wobei sie von der Polizei und den State Troopers des Gouverneurs geschützt wurden. Die Handvoll beherzter junger Leute, die das Konzert sichern sollte, war den Angreifern hoffnungslos unterlegen und wurde brutal niedergeprügelt.

Schon am nächsten Tag versammelten sich 1.600 Einwohner der Gegend, um ihrem Protest Ausdruck zu verleihen und Gegenmaßnahmen zu beraten. Sie beschlossen, für den 4. September zu einem zweiten Konzert aufzurufen. In New York City sprach Robeson vor 10.000 Menschen, gegen die eine Hundertschaft berittener

Polizei machtlos blieb. Das zweite Konzert, zu dem nun 15.000 Menschen erschienen, verlief selbst ohne Zwischenfälle, obwohl die Reaktion erneut einen gewaltbereiten Mob auf die Beine gebracht hatte, der alle „strategischen Punkte“ an den Zu-

delfraktur und verlor ein Auge. Es gab mindestens 145 Verletzte. Hunderte Autos und Busse wurden beschädigt, einige von ihnen total zerstört.

Obwohl gewisse Medien und faschistoide Organisationen den Mob tagelang auf sei-

nen „Einsatz“ vorbereitet hatten, sprach die bürgerliche Schlammpresse tags darauf von einem „Ausbruch spontaner Volkswut“. Sie behauptete, „vollblutige Patrioten aus dem amerikanischen Kleinstadtmilieu“ hätten es den „Commies“ gezeigt.

Doch die Wahrheit sah anders aus: Die Klassenschlacht von Peekskill, wo sich Robeson in der Zeit des schlimmsten McCarthyismus - beschützt von opfermutigen weißen, braunen und schwarzen Arbeitern - tapfer



Brutaler Polizeieinsatz gegen die Konzertbesucher in Peekskill

zum Kampf gestellt hatte, war ein großer Sieg des Anderen Amerika. Ihm gehören unsere Liebe, Bewunderung und Solidarität.

zum Kampf gestellt hatte, war ein großer Sieg des Anderen Amerika. Ihm gehören unsere Liebe, Bewunderung und Solidarität.

Klaus Steiniger

Für den 20. und 21. November 1999 (Beginn 11 bzw. 9 Uhr) lädt die sozialistische Zeitschrift „offensiv“ zu einer auch von anderen fortschrittlichen Kräften unterstützten Konferenz in den „Links-Treff“, Berlin, Weddingstraße 6, ein

**„50 Jahre DDR -
Für Frieden und Sozialismus
Veranstaltung zur Verteidigung
des revolutionären Erbes“**

Ihr Ziel - so die Einberufer - „wird nicht die Entschuldigung für die Existenz der DDR und das wohlfeile Abschwören, sondern das Schärfen des Bewusstseins, die Klarheit der Analyse und die Verteidigung des revolutionären Erbes der DDR sein“.

Unter den Referenten der Konferenz befinden sich **Rolf Vellay, Walter Florath, Prof. Dr. Ulrich Huar, Prof. Dr. Erich Buchholz und Dr. Kurt Gossweiler**

und Abfahrtswegen besetzt hielt, die Teilnehmer unter den Augen eines Riesenaufgebots frohlockender „Ordnungshüter“ mit seinen Haßbekundungen überschüttete und über einen großen Vorrat an Wurfgeschossen verfügte. Während des Auftritts der Künstler stand eine Kette freiwilliger Posten, die sich fest eingehakt hatten, unerschütterlich im Bogen um den Ground und schützte so die Konzertbesucher vor Überfällen. Als bekannt wurde, daß sich ein Scharfschütze auf einem Baum am Rande des Parks postiert hatte, bildeten Gewerkschafter und antifaschistische Kriegsteilnehmer mit ihren Schiffchenmützen während der ganzen Veranstaltung auf dem Podium eine Mauer aus menschlichen Körpern um Robeson und Pete Seeger. Dieser sang zuerst, bevor „Big Pauls“ mächtige Stimme das weite Areal erfüllte.

Auf dem Heimweg wurde die sich nun vereinzelnde Menge der Antifaschisten, die mit ihren Fahrzeugen die schmale Sandpiste nehmen mußten, brutal überfallen. Zugleich prügelten Polizisten auf Afroamerikaner ein. Eugene Bullard, der erste schwarze Kampfflieger des ersten Weltkrieges, wurde grausam zusammengeschlagen. Irving Potash, Mitglied des Zentralkomitees der KP der USA, traf ein Steinwurf in seinem Wagen. Er erlitt eine Schä-

Biokost essen, aber Jugoslawien bombardieren ...

Zur Heuchelei der Grünen

Die westliche Umweltschutzbewegung, aus der die Grünen und ähnliche Organisationen hervorgingen, hatte stets auch eine Stoßrichtung gegen die sozialistischen Länder. Jeder Mangel, der sich aus militärischer Notwendigkeit oder ökonomischen Zwängen ergab, wurde von ihr angeprangert; jeder Wal, den ein Tschuksche wie seit Jahrhunderten mit dem Speer erjagte, wurde fast zum Weltverbrechen aufgeblasen. Die bürgerlichen Medien, Meister im Vertuschen und Totschweigen imperialistischer Umweltverbrechen, klatschten begeistert Beifall. „Sponsoren“ mancherlei Herkunft machten diese Stoßrichtung zur Bedingung für kräftige Finanzspritzen, die auch „Umweltgruppen“ sozialistischer Länder erhielten und beeinflussten. Auf solche Weise wurde der Antikommunismus in der ökologischen Bewegung des Westens fest verankert. Hier wie im Osten brachte man nicht wenige gutgesinnte und fortschrittliche Menschen auf eine falsche Spur.

Der Sozialismus in Europa ist weitgehend zerschlagen. Statt eines „besseren“ und „ökologischeren“ Sozialismus bekamen seine naiven Umweltschützer einen brutalen Kapitalismus samt dessen machtgeriger und korrupter Parteien. Einschließlich derer, die sich „Die Grünen“ nennen. Sie sind mittlerweile in das imperialistische Tagesgeschäft voll integriert. Das heißt: in Verbrechen gegen Menschen und Natur.

Und zuerst gegen Jugoslawien, das einzige Land Europas, in dem noch Reste des Sozialismus verteidigt und die Diktate von IWF, EU und NATO zurückgewiesen werden. Die von der Führung der Grünen und Teilen der Partei in krimineller Energie mitgeplante, -vorbereitete und -durchgeführte Aggression gegen Jugoslawien, von Fischer als „humanitäre Intervention“ verkauft, entlarvt sich als Terror gegen ein multinationales Volk, dessen Lebensgrundlagen und das Natursystem einer ganzen europäischen Region. Nennen wir die Dinge beim Namen:

- Die Donau - als Lebensbereich zahlloser, auch seltener Tiere und Pflanzen ein einzigartiger Fluß - wurde durch NATO-Bomben völlig verseucht. Aus den zerstörten Raffinerien flossen Ölteppiche von 200 m Breite und 15 km Länge hinunter zum Delta am Schwarzen Meer. Tagelang bedeckten Tonnen toter Fische das Wasser, immer weiter flußab treibend.

- Aus den zerstörten Chemiebetrieben gelangten enorme Mengen hochgiftiger Substanzen in die Flüsse, die Erde, die Luft und das Grundwasser. So aus dem Kombinat in Pancevo, das nach den modernsten Standards produzierte. Besonders zynisch: Sein Direktor hatte - als einzige mögliche Schutzmaßnahme - vor Kriegsbeginn die NATO über die Lage aller gefährlichen Tanks und Substanzen informiert. Exakt nach diesen Plänen griffen die Bomber am 15.4. gerade

diese Standorte an. - 100 t Quecksilber, 800 t Salzsäure, 3000 t Sodalaug aus Pancevo vergifteten die Donau. Die Luft über der Stadt und anderen Städten ist durch die Verbrennung von Vinylchloriden mit Dioxin und Phosgen in vieltausendmal höherer Konzentration als zugelassen durchtränkt. Eine UNO-Delegation sprach von der größten Chemiekatastrophe in der Geschichte der Menschheit - schlimmer noch als seinerzeit im indischen Bhopal. Die unmittelbaren Auswirkungen bei Menschen waren Kopfschmerzen, Atemnot, Übelkeit, brennende Augen. Die Langzeitwirkungen und Erfolge sind unabsehbar. Man denke an Vietnam.

- Seit dem Ende des NATO-Lufterrors ist die Zahl der Frühgeburten in Jugoslawien um 50 Prozent gestiegen. Erste Indizien deuten auf den Verzehr kontaminierten Gemüses als Ursache hin. Noch tappen die Behörden im Dunkeln.

- Gärten und Felder, Pflanzen und Bäume, Blumen und Obst in den betroffenen Gebieten Jugoslawiens, aber auch ostwärts der Grenze in Bulgarien sind verwelkt und verdorrt. Was dort noch wächst, ist hochgradig verseucht. Vögel fielen schwarmweise tot von den Bäumen ...

- Über das Maß der Schädigung durch zig tausende Tonnen Kerosin, das NATO-Flieger und -Raketen über dem Land verbrann-

dann mit einem Standardbrief: Über Umweltschäden lägen noch keine Erkenntnisse vor, hieß es darin.

Leute dieses Schlages erweisen sich als Egoisten und Heuchler, denen nur die eigene saubere Luft, das eigene Bio-Müsli, der eigene Abenteuerurlaub mit fröhlich springenden Delphinen wichtig sind. Jugoslawien hat gezeigt: Die Fischer, Schlauch, Röstel, Radcke, Beer und Companie haben nichts mit Umweltschutz, aber sehr viel mit Umweltverbrechen und Völkermord zu tun. Ihnen muß die politische Basis entzogen werden. Das ist auch die Voraussetzung für das Entstehen einer echten nationalen und internationalen Umweltschutzbewegung.

Werner Hoppe

Grüße aus Kragujevac

Unsere Genossen Brigitte und Martin Dressel sind zwei der unermüdlichen Helfer, die den Kindern Jugoslawiens - den Hauptleidtragenden der verbrecherischen NATO-Aggression - Solidarität erweisen. Sie sammelten in den vergangenen Monaten Geld und Hilfsgüter verschiedener Art. Auch die Mitglieder und Sympathisanten unserer Parteigruppe leisteten einen erheblichen Beitrag. Aus dem Erlös kauften die Dressels dringend Benötigtes und brachten eine umfangreiche Sendung auf den Weg nach Kragujevac - die von der NATO bombardierte serbische Märtyrerstadt, in der die deutschen Faschisten im Oktober 1941 ein furchtbares Blutbad anrichteten. Jetzt antwortete der Empfänger - die „Schule des Friedens“. Wir bringen ihr Schreiben allen Spendern zur Kenntnis.



ŠKOLA MIRA - SCHOOL OF PEACE

Trg slobode 1, 34000 Kragujevac, Yugoslavia
Fax-Tel. +381 3432-767, P. fah 4

An
Familie DRESSSEL
Brodwiner Ring 26
12679 BERLIN

Geehrte Freunde:

Durch Ihre Aufmerksamkeit und Hilfe sind wir Kindern sehr ergriffen. Ihre Hilfe kam zu den schwersten Zeiten der Dunkelheit des Krieges, der unser Land getroffen hat.

Die SCHULE DES FRIEDENS hat die gesamte Sendung der Kinderabteilung des Krankenhauses in Kragujevac eingeschickt. Wir meinen, daß die Kinder die größten und unschuldigsten Opfer dieses Krieges sind und daß Ihnen die Hilfe am nötigsten ist.

Die Zeitungen und das Fernsehen haben die Öffentlichkeit von Ihrer edelmütigen Geste informiert.

Die Lehrer der SCHULE DES FRIEDENS danken Ihnen nochmals am herzlichsten. Unser großer Wunsch ist, daß wir Sie auch persönlich kennenlernen und wir laden Sie herzlich zu Besuch ein. Seien Sie lieber Gast der SCHULE DES FRIEDENS!

Senden Sie uns bitte einige Informationen über Sie und über Ihre Familie, als auch Ihre Telefon- und Faxnummer, damit wir weiter in Verbindung sein können.



Mit Hochachtung
Direktor der SCHULE DES FRIEDENS

(Petar Stefanović) Fax 381/34/215078

Koordinator der SCHULE DES FRIEDENS

(Radmila Ristić)

(Radmila Ristić - Deutschlehrer)

Tel./Fax 381 34 332434

Doch zurück in die BRD: Die Grünen schweigen zu der ökologischen Katastrophe in Jugoslawien, denn sie sind Täter. Auch die „Umweltschutzorganisation“ Greenpeace hält sich bedeckt. Während des NATO-Terrors gaben ihre Sprecher - zur Umweltverwüstung befragt - nur die lapidare Antwort: „Zum Krieg gibt Greenpeace keine Erklärung ab.“ Aufbesorgte Anfragen reagierte die Hamburger Zentrale

NATO-Experte Rainer Rupp zur Kaspi-Strategie des USA-Imperialismus

Zähnefletschen und Gaumenlecken

Um ihren Expansionsdrang nach Osten zu legitimieren, argumentiert die „neue“ NATO, daß sie in den gesamten eurasischen Raum „Stabilität“ und „Schutz“ projizieren will. Von ganz besonderer Bedeutung für die NATO und deren Sponsoren sind die gigantischen Energiereserven der öl- und gasreichen Region um das Kaspische Meer.

David Tucker, stellvertretender Direktor im Büro des amerikanischen Staatssekretärs im Verteidigungsministerium und zuständig für Sonderoperationen und Konflikte unterhalb der Kriegsschwelle, machte in einem richtungweisenden Beitrag in „Parameters“, der auf sicherheitspolitische Themen spezialisierten Revue des U.S. War College, Ausgabe Sommer 1998 (Seiten 69 bis 79), aus den amerikanischen Absichten in dieser Region kein Hehl. Nachdem er sich ablehnend mit den vielen kleineren militärischen Interventionen des Pentagon auseinandergesetzt hat, verdeutlicht er in seinem Artikel, daß in absehbarer Zukunft nur noch eine Region besteht, für die es sich wirklich zu kämpfen lohnt und die die USA auf jeden Fall mit Waffengewalt gegen - wie er sich ausdrückte - „Barbaren und Chaos“ verteidigen werden: „Generell gibt es nur eine Region in der Welt, wo unsere Sicherheitsinteressen mit der Barbarei zusammenstoßen könnten: Das Gebiet um den Persischen Golf, nördlich bis zum Kaspischen Meer und östlich bis nach Zentralasien. Dies ist eine sehr bedeutende Region (ungefähr von der Größe der USA), die etwa 75 Prozent der

Weltölvorräte und 33 Prozent der Erdgasreserven beherbergt.“

Ganz sicher würde die deutsche Öffentlichkeit jedoch mit Alarmstimmung reagieren, wenn die USA und die NATO eine direkte militärische Einmischung am Kaspischen Meer ins Auge fassen würden. Dies würde sie nicht nur auf das Territorium der ehemaligen Sowjetunion bringen, sondern auch einen unmittelbaren Interessenkonflikt mit Rußland an dessen sensibler Südgrenze heraufbeschwören. Deshalb würden unverhüllte Vorstöße in dieser Richtung wegen der Gefahr einer direkten Konfrontation mit der höchst instabilen Nuklearmacht Rußland auch innerhalb der NATO-Staaten noch auf große Widerstände stoßen.

Über die Hintertür der „Stabilität projizierenden Sicherheitspolitik der NATO“ wollen die Strategen des Großkapitals jedoch den Marsch der NATO in Richtung Osten legitimieren. Neben dem Zugriff auf die zentralasiatischen Energiereserven geht es um die mindestens genauso wichtige Ausdehnung der „zivilisatorischen Errungenschaft“ der neoliberalen freien Marktwirtschaft auf den gesamten Osten. Erst dann hat das grenzenlos agierende westliche Kapital ungehinderten Zugang zu den regionalen Märkten. Erst dann kann es ungestört von staatlichen Verordnungen konkurrenzlos dominieren, erst dann kann es die Filetstücke der regionalen Industrien und Wirtschaften aufkaufen und entsprechend seiner eigenen Bedürfnisse (nicht denen der jeweiligen Bevölkerung)

umgestalten, ohne die Einmischung der lokalen Regierungen befürchten zu müssen.

Ganz im Sinne des Neuen Strategischen Konzepts der NATO wurde mit dem Krieg gegen Jugoslawien eine neue Ära imperialer Gewaltanwendung unter dem Deckmäntelchen des moralischen Rigorismus zur Rechtfertigung neuer kapitalistischer Raubzüge eingeläutet. Viel wird davon abhängen, wie das Kosovo-Abenteuer der NATO enden wird. Gelingt es ihr, dieses und seine Folgen der Öffentlichkeit als durchschlagenden Erfolg zu verkaufen, dann wird sie auf ihrem Marsch zur Eroberung neuer Ostmärkte und Bodenschätze am Kaspischen Meer alle Hemmungen fallen lassen. In ihrer großmächtigen Selbstgerechtigkeit - verbunden mit der maßlosen Gier des Kapitals - wird sich die NATO mehr und mehr verrennen. Bis sie dann eines Tages, bereits auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion stehend, durch eine direkte Herausforderung der vitalen Interessen des instabilen Rußlands den Bogen überspannen wird.

Aus einer solchen Konfrontation muß nicht gleich der große strategische Schlagabtausch folgen. Schon ein kleiner taktischer Nuklearkrieg mit Rußland würde genügen, um auch den Rest Europas auf Jahrzehnte in den Abgrund zu stürzen.

(Aus dem Beitrag unseres ständigen Mitarbeiters „Das Neue Strategische Konzept der NATO“, Marxistische Blätter 4/99)

Zum Tode des Genossen Bernhard Quandt

Ein legendärer Kommunist

Auf dem Schweriner Waldfriedhof fand nun, nach 96 Lebensjahren, ein Mann seine letzte Ruhe, der sich stets um andere sorgte, dem Solidarität humanistisches Gebot war: Statt Blumen auf sein Grab erbat sich Bernhard Quandt von denen, die von ihm Abschied nahmen, eine Spende auf das Konto von Cuba si.

Der am 2. August 1999 Verstorbene gilt in seiner mecklenburgischen Heimat zu recht als legendäre Persönlichkeit. Viele jener grundlegenden Wandlungen, die dieses Land erfuhr, als es noch Teil der DDR war, tragen seine Handschrift. Sie durchzusetzen, war oft schwer. Bernhard Quandt scheute die Schwierigkeiten nicht. Er wußte sich durch Herkunft und politische Erfahrung stets den Anliegen der „kleinen Leute“ verpflichtet - und kämpfte für sie.

Aufgewachsen als Büdnerson in Gielow bei Malchin, gelernter Eisendreher und ab 1923 KPD-Mitglied, verfocht er in der Gemeindevertretung seines Heimatortes wie als Abgeordneter des Mecklenburger Landtages vor allem die Interessen der Landarbeiter und Kleinbauern, der Menschen auf der unteren Stufe der Gesellschaftshierarchie.

Die Faschisten rächten sich dafür. Sie warfen ihn ins Zuchthaus und in die Konzentrationslager Sachsenhausen und Dachau. (Ihre bundesrepublikanischen „Rechtsnachfolger“ verwehrten ihm die Ehrenrente als antifaschistischer Widerstandskämpfer bis kurz vor seinem Tode).

1945 befreit, setzt Bernhard Quandt vom ersten Tag der Rückkehr an seinen Kampf fort. Gemeinsam mit anderen organisiert er

in Mecklenburg die demokratische Bodenreform, durch die in Jahrhunderten von Junkern und Großgrundbesitzern zusammengeraubtes Bauernland - 62 Prozent des Bodens - denen gegeben wurde, die es selbst bestellen. Daß Bernhard Quandt die ersten Feldmarkierungen der Bodenreform in der Gemeinde Bredentin gemeinsam mit dem evangelischen Superintendenten Siebert einschlug, läßt einen seiner Charakterzüge hervortreten: Er war kein Sektierer, sondern wußte um Befindlichkeiten jener, aus deren Mitte er kam und in der er blieb.

Seine Partei übertrug ihm große Verantwortung. Auf welchen Platz auch immer er gestellt war - ob als Landrat oder als Landwirtschaftsminister und Ministerpräsident

Fortsetzung auf Seite 13

Erinnerungen an einen wahren Menschen

Damals in Güstrow

Es war im Mai 1945. Wenige Wochen zuvor waren meine Frau und die Kinder von Hannover nach Schwießel gezogen, einen Dorf bei Laage in Mecklenburg. Ich stand noch unter Polizeiaufsicht. Trotzdem entschloß ich mich, ihnen nachzureisen. Einige Wochen arbeitete ich als Landarbeiter in Schwießel auf dem Gut, das dem SS-Obergruppenführer Graf von Bassewitz-Behr gehörte.

Nach der Befreiung war mir das Wichtigste die Verbindung zur Partei, der KPD, zu finden. Ich machte mich zu Fuß auf den Weg nach Güstrow, etwa 15 km. In der Domstraße traf ich Bernhard Quandt, den damaligen Kreissekretär der Partei. Wir saßen im Garten hinter dem Haus. Ich erklärte ihm meinen Wunsch, wieder für die KPD zu arbeiten. Er war zunächst etwas mißtrauisch und sagte: „Jetzt drängt mancher zur Partei, weil er sich dadurch Vorteile erhofft.“ Als ich ihm aber meine Entlassungspapiere aus dem Zuchthaus Celle und dem KZ Buchenwald zeigte, hatte ich sein Vertrauen. Wir vereinbarten, daß ich zunächst als Schreibrkraft im Sekretariat der Partei arbeite - wenig später wurde ich 3., dann 2. Kreissekretär. So wurde ich sein erster Mitarbeiter. Das Land befand sich in einem katastrophalen Zustand. Das Verkehrswesen war zusammengebrochen, die Versorgung äußerst schwierig, von regelmäßigem Schulunterricht keine Rede, die faschistische Ideologie beherrschte noch große Teile der Bevölkerung. Und zu all dem

grassierte in Mecklenburg eine schlimme Flecktyphus-Epidemie.

Bernhard Quandt wurde Landrat. Ich sehe noch vor mir, wie die Landarbeiter mit den Flecktyphuskranken auf dem Leiterwagen vor das Landratsamt zogen und forderten: „Landrat, nun hilf!“ Und Bernhard brachte es fertig, trotz des am Boden liegenden Gesundheitswesens, gemeinsam mit anderen Kräften den Kranken ärztliche Behandlung und Versorgung zu teil werden zu lassen.

Ich entsinne mich einer Parteiversammlung, in der Bernhard Referent war. Er hatte über 38 Grad Fieber. Kurz darauf wurde festgestellt, daß er selbst am Flecktyphus erkrankt war. Trotz seines schlechten Gesundheitszustandes ließ er es sich nicht nehmen, zu den Genossen zu sprechen.

Bernhard war ein glänzender Redner. Mehrmals in der Woche fuhren wir aufs Dorf, wo er zu den Landarbeitern und kleinen Bauern über die Verbrechen des Faschismus, die er selbst erfahren hatte, und zu den vor uns liegenden Aufgaben sprach. Man mußte meinen, daß die Anwesenden durch seine leidenschaftlichen Ausführungen aufgerüttelt wurden. Aber nein! Sie waren wie eine dumpfe Masse, ohne erkennbare Reaktion. Uns wurde klar, welche gewaltige ideologische Aufklärungsarbeit der Partei nach 12 Jahren faschistischer Diktatur noch bevorstand.

Bernhard wird mit Recht als Vater der Boden-

reform in Mecklenburg bezeichnet. Er war wirklich die treibende Kraft. So kam er in engen Kontakt zu den Landarbeitern und kleinen Bauern, den Landlosen und Umsiedlern. Diesen Kontakt hat er nie verloren.

Später, als Minister, ging er nach wie vor auf die Dörfer, um sich mit den Menschen zu beraten. Nie hätte ein Außenstehender in diesem schlicht gekleideten einen Minister vermutet. Er hatte im Frühjahr 1945 kaum Garderobe zum Wechseln, ich noch weniger. Eines Tages gab er mir seinen Anzug, damit ich meine geflickte schäbige Kleidung wenigstens wechseln konnte. Ich war gerührt und verlegen. Diese kameradschaftliche Hilfe war bezeichnend für ihn.

Ich habe Bernhard als einen Kommunisten kennengelernt, der den Menschen immer die Wahrheit sagte (ganz im Gegensatz zu Politikern, die bedenkenlos und bewußt ihre Wähler belügen), der mit großer Tatkraft gemeinsam mit den Menschen viel erreicht hat, der immer ehrlich geblieben ist und stets mit dem Volke verbunden war.

Seit 1946, als ich von der Partei als Redakteur beim Berliner Rundfunk in der Masurhalle eingesetzt wurde, habe ich Bernhard nur wenige Male gesehen. Doch ich muß gestehen, als ich die Todesanzeige laß, stiegen mir die Tränen in die Augen. Meine innere Verbundenheit mit Bernhard ist über 50 Jahre geblieben.

Herbert Thomas

Fortsetzung von Seite 12

von Mecklenburg, ob in seinen Parteifunktionen als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Schwerin (1952 bis 1974) oder als Mitglied des Zentralkomitees, ob im Staatsrat oder in der Volkskammer: Bernhard Quandt erfüllte seine Pflichten stets unter Einsatz seiner ganzen Person. Er machte es sich nicht leicht - und, wenn nötig, auch anderen nicht. Er genoß Respekt als ein Unbequemer, der niemandem zum Munde redete. Dem in öffentlichen Reden bisweilen plattdeutsch Sprechenden wurde vor allem auch deshalb Zuneigung zuteil, weil er nicht den Anflug jener Allüren hatte, wie sie Politikern sonst allzu oft eigen sind.

Daß Bernhard Quandt in Mecklenburg ein Ehrungswürdiger bleibt, hat seinen Grund vor allem in seiner Lebensleistung, die untrennbar mit der Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR verbunden ist. Die Öffnung eines Weges in die Zukunft, wie sie für das Landvolk mit der Bodenreform begann, wurde folgerichtig fortgesetzt mit dem Übergang zum genossenschaftlichen Wirtschaften, der sich in den Jahren 1952 bis 1960 vollzog. Im Bezirk Schwerin hat Bernhard Quandts Wirken diesen - auch mit Schmerzen und anfänglichen Rückschlägen verbundenen - Prozeß maßgeblich befördert. In seinem Ergebnis entwickelte sich in der DDR

eine hochproduktive Landwirtschaft, deren Leistungskraft selbst objektive Beobachter aus dem kapitalistischen Ausland als „das eigentliche deutsche Wirtschaftswunder“ apostrophierten. LPG und VEG bildeten die Basis für eine zuvor auf dem Lande nicht gekannte Lebensqualität. Auch die letzten „Holzpantinentgymnasien“ mußten Platz machen für Schulen, die den Mädchen und Jungen auf den Dörfern gleiche Bildungschancen gaben wie ihren städtischen Altersgefährten. Soziale Einrichtungen - vom Kindergarten bis zur Arztstation - entstanden vielerorts. Dorfbibliothek und Kulturhaus verloren ihren Seltenheitswert. Was für einzelbäuerliche Betriebe allenfalls als seltene Ausnahme möglich schien, wurde nun zur Selbstverständlichkeit: feste Arbeitszeiten, Urlaubsanspruch, Ferienerreise.

An seinem Lebensabend mußte Bernhard Quandt die Bitterkeit erfahren, wie nach der Konterrevolution von 1989 vieles von dem zerstört wurde, wofür er gelebt hatte. Der Einzug des vorher unbekannten Phänomens der Arbeitslosigkeit in die Dörfer, der besonders brutal die Landfrauen traf, das Verlorengehen von Ausbildungsplätzen und beruflichen Chancen für die meisten jungen Leute, das Dichtmachen von Kulturhäusern, das Abschaffen von solchem „Schnick-Schnack“ wie Bibliotheken, der Wegfall von

allem, „was sich nicht rechnet“ - wie die Gemeindeschwester oder die örtliche Poststelle - verdeutlicht: das Land wurde um eine ganze gesellschaftliche Epoche zurückgeworfen.

Aber völlig gelang die „Rückwende“ den Kräften der Reaktion doch nicht. Die massiven Versuche, die Bodenreform gänzlich auszuhebeln und die alten Besitzverhältnisse zu reproduzieren, erwiesen sich als undurchführbar. Auch der Politik zur Beseitigung genossenschaftlicher Wirtschaftsformen war nur ein Teilerfolg beschieden: Obwohl „Wiedereinrichtern“ besondere Unterstützung zuteil wurde, hielten die Genossenschaftsbauern in beachtlichen Größenordnungen an der Art und Weise des Arbeitens fest, die sie als die überlegene erkannt hatten - wenn auch erzwungenermaßen in anderen, vom bürgerlichen Recht vorgegebenen juristischen Formen.

Es bleibt nicht nur dies. In den Dörfern lebt die Erinnerung weiter an Errungenschaften, wie sie selbst der noch unfertige, mit Kinderkrankheiten behaftete Sozialismus für die „einfachen Leute“ besaß. Diese Erinnerung gehört zu dem, was Menschen wie Bernhard Quandt als Vermächtnis hinterlassen: Die Saat ist im Boden. Und sie wird keimen, früher oder später.

Wolfgang Clausner

Zur Theorie der Konterrevolution

Keine Revolution ohne Konterrevolution - das hat die Weltgeschichte bewiesen. Uns interessieren hier Konterrevolutionen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Sie lassen sich in zwei Grundformen gliedern: Frontalangriffe und schleichende Konterrevolutionen. Beide Typen treten selten in reiner Form auf. In ihrer Verflechtung dominiert die eine oder andere Form.

Die Konterrevolution erfolgt im Innern und von außen. Man spricht deshalb auch von der inneren und der äußeren Konterrevolution, wobei je nach Kräfteverhältnis die eine oder andere vorherrscht.

Innerhalb der konterrevolutionären Kräfte gibt es Unterschiede und Differenzen. Diese werden vor allem nach dem Sieg der Konterrevolution sichtbar, wenn es um die Verteilung der Beute geht: politische Hegemonie, strategische Positionen, Ausplünderung der Ressourcen, Beherrschung von Märkten, Privatisierung gesellschaftlichen Eigentums.

Die Taktik des Frontalangriffs läßt sich in der Regel nur kurzzeitig anwenden. Führt sie nicht rasch zum Erfolg, ist sie gescheitert. Außerdem besitzt sie den Nachteil, daß sie als offene, unverhüllte Konterrevolution von den Massen leichter erkannt wird, was vermehrten Widerstand bedeutet. Gefährlicher ist die schleichende Konterrevolution. Sie kann sich über Jahrzehnte hinziehen und ist auch schwerer durchschaubar.

Anfang der 60er Jahre waren die frontalen konterrevolutionären Angriffe gegen die Staaten des Warschauer Vertrages und die VR China abgeschlagen. Der Klassenkampf zwischen beiden Systemen hatte sich vor allem auf das Gebiet der Ökonomie, der Politik und der Ideologie verlagert.

In den USA entstand in den 60er Jahren eine umfangreiche theoretische Literatur über die Destabilisierung sozialistischer Staaten und Staaten mit sozialistischer Orientierung in der Dritten Welt, oder solchen, deren Regierungen einfach nicht dem „Geschmack“ der USA entsprachen. In seinen Aufsätzen und Büchern entwickelte Zbigniew Brzezinski, zeitweilig Chef-sicherheitsberater des USA-Präsidenten, die Theorie und Methode einer langfristigen, allmählichen Zersetzung sozialistischer Staaten. Danach waren Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion und/oder anderen Ländern des Sozialismus nur dann gerechtfertigt, wenn sie zugleich auch vermehrte Kontakte und eine zunehmende „Fluktuation von Menschen und Ideen“ zeitigten. Der Handel mit sozialistischen Staaten sollte Zugeständnisse zur Voraus-

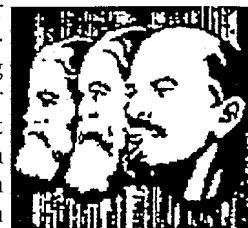
setzung haben, so die Zulassung und Verbreitung westlicher Presseerzeugnisse, erweiterten „Kulturaustausch“, Erleichterungen bei Reisen in den Westen usw. Osteuropäischen und chinesischen Studenten müsse die Ausbildung in kapitalistischen Staaten gestattet werden, wurde gefordert. An „würdige“ Studenten aus sozialistischen Ländern sollten Stipendien vergeben werden. Besondere Anstrengungen sollten unternommen werden, um für Kontakte mit westlichen Institutionen geeignete Wissenschaftler ausfindig zu machen.

Nach Auffassung des USA-Politologen Gil Meron sollte die Destabilisierungspolitik auf die Zersetzung der sozialen und politischen Ordnung des Ziellandes gerichtet sein. Als Bedingung für ihren Erfolg galt die Existenz einer inneren Opposition, die bestehende Probleme ausnutzen und - bei Vorhandensein einer anfälligen Basis - verschärfen konnte. Wichtig war die Gewinnung von Einfluß auf die öffentliche Meinung des betreffenden Landes, die Paralyse seiner Streitkräfte, der Repressivorgane des Staates überhaupt. Destabilisierung sollte Bedingungen schaffen, welche die Bevölkerung veranlassen, die politische Führung zu wechseln. Die Bürger müßten von der Unfähigkeit ihrer jeweiligen Regierung überzeugt werden, anstehende Probleme zu lösen. Dabei solle bei der Opposition die Illusion erzeugt werden, sie selbst sei es, die aus eigenem Antrieb, durch eigenes Handeln die Führung stürzen und das gesellschaftliche System beseitigen könne. Die oppositionellen Akteure dürften nicht den Eindruck bekommen, ihre Aktionen seien fremdgesteuert und würden in eine von den Hintermännern gewünschte Richtung gelenkt.

Diese Theorie der Konterrevolution wurde von Willy Brandt und Egon Bahr als „Neue Ostpolitik“ konkretisiert und auf die DDR angewandt. Der damalige DDR-Außenminister Otto Winzer charakterisierte Bahrs „Wandel durch Annäherung“ richtig als „Aggression auf Filzlatzchen“.

Breshnew ging in die Falle und öffnete mit seiner Unterschrift unter das Helsinki-Abkommen - es enthielt den berühmten Korb 4 - der ideologischen Konterrevolution offiziell den Weg in die Sowjetunion. Die Beseitigung der „Friedensfähigkeit“ des Imperialismus durch die SED-Führung im SPD-SED-Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ war die theoretische Abdankungsurkunde der DDR.

Im Prozeß der konterrevolutionären Zerstörung sozialistischer Ordnungen läßt sich - bei allen Unterschieden in einzelnen Ländern - etwa folgende



Reihenfolge skizzieren: 1. Schaffung von Oppositionsgruppen; 2. Gewinnung der ideologischen Hegemonie; 3. Lähmung der Repressivorgane; 4. Sturz der Regierung; 5. Schaffung konterrevolutionärer Machtorgane;

6. Entscheidung der Machtfrage zugunsten der restaurativen Kräfte; 7. „Freie Wahlen“, „wirtschaftliche Reformen“; 8. Totales Abräumen.

Eine partielle „Weiterentwicklung“ der Theorie der Konterrevolution wird am Vorgehen der NATO gegen Jugoslawien deutlich: Psychologische Vorbereitung des eigenen Volkes und der internationalen Öffentlichkeit über die gleichgeschalteten Massenmedien, in sich differenziert, je nach Bildungsstand der Ansprechpartner, aber in der Aussage einheitlich. Über das zu destabilisierende Zielland wird „informiert“:

1. Eine beliebige ethnische Minderheit fühlt sich unterdrückt und fordert Autonomie oder Abtrennung; 2. Dissidentengruppen verlangen „Demokratie“, „freie Wahlen“, „Menschenrechte“; 3. Die legitime Staatsmacht wird provoziert, man organisiert Zwischenfälle, es kommt im Beisein von Fernsehreportern zu Zusammenstößen; 4. „Unwiderlegbare Beweise für „massive Menschenrechtsverletzungen“ seitens der Regierung des Ziellandes werden präsentiert, „Massaker“ inszeniert und „Massengräber“ entdeckt; 5. Die Staatsführung wird systematisch kriminalisiert, wobei man sich auf eine Person konzentriert, die man zunächst zum Diktator, dann zum steckbrieflich gesuchten Verbrecher erklärt; 6. Das Prinzip „Menschenrecht geht über Völkerrecht“ wird kreiert; 7. Die „Stimme des Volkes“ fordert die ausländische Konterrevolution zum Eingreifen auf; 8. Die NATO bombardiert, die „Völkergemeinschaft“ applaudiert. Bis zum nächsten Mal! Menschen seid wachsam!

Ulrich Huar

Leseempfehlung:

Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland, MEW Bd.8, S. 61 bis 74, 93 bis 97.

Reporterskizzen (16)

Der verkaufte Besucher

Ende Januar 1979. Die schon seit einer Woche mit Wirbelstürmen, Wolkenbrüchen und Temperaturstürzen über Madeira - den zu Portugal gehörenden Archipel vor der nordwestafrikanischen Küste - hinwegrasende Unwetterfront war erst im Abzug begriffen, als unsere von Lissabon kommende Maschine nach anderthalbstündiger Luftlochsuche auf der kurzen Piste des Airports Santa Catarina aufsetzte. Der winzige Flughafen hatte damals einen schwarzen Stern, mit dem die internationale Pilotenvereinigung die weltweit gefährlichsten Landepunkte markierte. Doch trotz solcher Risiken war der Touristenstrom seit dem Sturz der faschistischen Diktatur Caetanos, der über Madeira ins brasilianische Exil hatte entweichen können, ständig angewachsen. Politisch gilt der nur 797 Quadratkilometer große und von etwa 100 000 Menschen bewohnte Archipel - er wurde 1418 durch den portugiesischen Seefahrer João Gonçalves Zarco erstmals angesteuert - als traditionelle Hochburg der Rechten. Allerdings gibt es dort auch sehr kämpferische Gewerkschaften der Bauarbeiter und der in Hotels und Gaststätten Beschäftigten. Auch die Portugiesische Kommunistische Partei (PCP) ist auf Madeira, das als Autonome Region eine eigene Regierung besitzt, inzwischen durchaus eine ins politische Kalkül gezogene Größe, obwohl sie dort bis 1974 kein einziges Mitglied hatte.

Mein Unwetterflug nach Funchal war unaufschiebbar gewesen. Ein eiliger Termin „auf höchster Ebene“ zwang mich zur sofortigen Reise. Um was handelte es sich? Kurz zuvor war in der Inselhauptstadt Madeiras eine Beratung besonderer Art abgehalten worden, zu der sich die „Crème de la Crème“ der antisowjetischen Hetzer versammelt hatte: die „Konferenz über die Russische Gefahr“. Schirmherr der Zusammenkunft geschworener Konterrevolutionäre aus vieler Herren Länder war der Chef der Regionalregierung des Autonomen Archipels Madeira, Alberto João Jardim. Das Mitglied der Politischen Kommission der als Sozialdemokratische Partei getarnten rechtskonservativen PSD, die zu jener Zeit in Lissabon am Ruder war, hatte sich auf Madeira „für alle Fälle“ noch eine pro forma illegale Reservetruppe geschaffen: die terroristische Untergrundbewegung FLAMA. Dieser Separatistenorganisation war von CIA, NATO und einheimischer Reaktion der Auftrag erteilt worden, Madeira im Falle eines Sieges der portugiesischen Revolution auf dem Festland aus dem Staatsverband der iberischen Republik herauszulösen. Der so auf zwei Klavieren gleichzeitig spielende

Herr Jardim präsentierte sich bei der „Russenkongferenz“ als launiger Gastgeber. Er hielt auch eine „Grundsatzrede“. Man müsse die „Sowjets“ und deren „Satelliten“ mit totaler Nichtachtung strafen und dürfe keinerlei Kontakt zu ihnen halten, forderte der kleine Inselverwalter. Dabei steigerte er sich in die Formulierung hinein: „Ich schwöre Ihnen, daß ich niemals in meinem Leben einen Reporter aus dem Ostblock empfangen werde“. Das war ein Wort!

Noch am selben Tag sandte ich ein Telex in den Präsidentenpalast von Funchal. Darin sprach ich Jardim mit „Exzellenz“ an und bat um eine baldige Audienz. Das Schreiben unterzeichnete ich mit dem akademischen Titel „Doktor“ (die Kurzform darf in Portugal nämlich jeder Hochschulabsolvent führen), wobei ich hinzufügte, ich sei Chefkorrespondent der Zeitung „Neues Deutschland“ und Mitglied des Direktionsrates der Auslandspresservereinigung in Lissabon. Alles stimmte aufs Wort. Und klappern gehört nun einmal zum Handwerk. Die Telex-Schreiberin der madeirensischen Verwaltungsspitze reagierte sofort: „Bleiben Sie bitte dran!“ Schon nach drei Minuten kam die Antwort: „Die Audienz mit Senhor Alberto João Jardim findet am 29. Januar 1979 um 16.30 Uhr statt. Regierung der Autonomen Region Madeira.“

Als ich am Vormittag des 29. im geräumigen Haus der PCP-Regionalleitung an Funchals Rua da Carreira, von dessen Balkon Portugals Nationalfarben und die rote Fahne mit Hammer, Sichel und Stern wehten, Parteisekretär João Bernardino und seinen Mitstreitern erzählte, noch am Abend des Tages werde ich von Jardim empfangen, hielten mich die Genossen zunächst für einen Aufschneider. „Er hat doch feierlich geschworen...“, „Eben drum. Deshalb bin ich ja hier“. Bald wurden Aktenordner herbeigeschleppt. „Ich will nicht ohne Beweise von der Vergangenheit dieses Herrn sprechen. Hier hast du eine vollständige Sammlung seiner sämtlichen Artikel aus der 'Voz de Madeira'. Formell war das die Zeitung der katholischen Diözese, tatsächlich galt sie bis zum 25. April 1974 als hiesige Stimme des faschistischen Regimes“, sagte Bernardino. „Ihr Chefredakteur war niemand anderes als Alberto João Jardim.“

Ich bat, mich in die Materialien etwas vertiefen zu können. Besonders aufschlußreich war die Ausgabe vom 25. Juli 1973. Im Caetano Lob zollenden Leitartikel („Perfekt, Herr Präsident!“) bezeichnete Jardim die seit 1926 unter einer brutalen Diktatur lebenden Portugiesen als „Bürger eines freien Landes“. In Nr. 2 des Jahrgangs 1974 verkündete er nur vier Monate vor dem

Sturz des Faschismus: „Man darf sich politischen Orientierungen nicht hingeben, die den Widerstand des Landes schwächen... Es ist ein schlechtes Zeichen, daß dritte Kräfte entstehen, die sich in einen gefährlichen Faktor der Zersetzung verwandeln könnten.“

Zur vereinbarten Stunde betrat ich den protzigen Bau an der Avenida de Zarco. Als ich dem Pförtner sagte, bei wem ich angemeldet sei, begleitete er mich dienstfrig bis vor die Tür der Kanzlei des Präsidenten. Jardim Sekretärin bat mich um Verständnis, im Vorzimmer eine Weile warten zu müssen. Im Salon des Chefs tage noch die Regionalregierung. „Die Naturkatastrophe, Sie verstehen...“ Ich verstand und wartete artig anderthalb Stunden. In einer Pause strömten die Sekretäre (Minister) des Inselkabinetts in den Vorraum und unterhielten sich vertraulich in kleinen Gruppen. Meine Anwesenheit störte sie in keiner Weise. Jardim kam auf mich zu. Er sprach mich auf Deutsch und Englisch an, bat um Verständnis für die Verzögerung. „Ich bevorzuge hierzulande Portugiesisch, Exzellenz“, sagte ich. Ungetrübtes Vertrauen. Ich wurde wie ein Schaf aus der eigenen Herde angenommen.

Im lindgrün-seidentapezierten Salon des Regierungspräsidenten, in dem dann das wohl zweistündige Gespräch stattfand, nahm der noch junge PDS-Politiker kein Blatt vor den Mund. Er führte in meinem Beisein ein ausführliches Dienstgespräch - „mit dem Leiter der Polizei Madeiras“, wie er mir freimütig versicherte. Jardim nahm einen Zettel, malte Kästchen für alle Parteien, schrieb dann jeweils ein charakterisierendes Wort zu ihnen hinein und reichte mir das Blatt über den Tisch. Besondere Sorgen bereiteten ihm die Kommunisten. „Alles läßt sich ändern. Nichts kann so schnell umschlagen wie die Gunst der Massen“, meinte er düster. Dem fügte er eine dann tatsächlich eintreffende Prognose hinzu: „Lassen Sie es sich von mir gesagt sein: Die PCP wird schon bei den nächsten Wahlen in die Regionalversammlung kommen. Ja, leider Gottes.“

Mein Wissensdurst war gestillt. Ich hatte Grund, mich für die aufschlußreichen Informationen aus erster Hand zu bedanken. „Diese Tür steht Ihnen immer offen“, stellte mir Senhor Jardim noch einen Dauerpassein aus.

Er sollte indes bald verfallen. Denn eine großbürgerliche Zeitung Madeiras, der irgendjemand einen Tip gegeben haben mußte, brachte schon wenige Tage danach auf ihrer Titelseite die fettgedruckte Frage: „Stimmt es, daß Senhor Jardim am 29. Januar seinen Schwur gebrochen und einen Korrespondenten aus dem Sowjetblock im Regierungspalast zu einer Audienz empfangen hat?“

Auch Spott gehört zum Klassenkampf!

Klaus Steiniger

Ein Insider des DDR-Bauwesens berichtet

Wir mußten uns nicht verstecken

Wohnungsbau spielt auch in diesem Staat eine mehr oder weniger große Rolle. Mal geht es darum, den „sozialen Wohnungsbau“ neu zu fassen, damit nur die berücksichtigt werden, die besonders wenig verdienen, mal wird behauptet, er sei überhaupt nicht mehr nötig, da ja inzwischen „alle“ irre Löhne erhielten. Und natürlich beschäftigt man sich ständig mit der Frage, ob und in welchem Umfang man „Plattenwohnungen“ abreißen soll.

Das alles, obwohl es in dieser reaktionären Republik de facto fast eine Million Obdachlose gibt. Übrigens hatte der westdeutsche Wohnungsbauminister in den 80er Jahren die Position der BRD auf seiner Schiene als ausgezeichnet qualifiziert - nicht etwa als gut oder sehr gut - , obwohl dort zur gleichen Zeit 800 000 Menschen auf der Straße lagen.

Wie stellt sich uns das westliche Bau-geschehen heute dar?

Wenn die Westfirmen nach oftmals unvorstellbar langen Bauzeiten (mal ist kein Geld da, dann fehlt dieses oder jenes Ersatzmaterial, das es angeblich nur in der DDR gab, dann ist das eine Untnehmung pleite und nach Ewigkeiten läßt ein neues weiterbauen) endlich fertig sind, fangen sie garantiert schon bald damit an, an dem Haus herumzuwerkeln. Sie bessern die Fassade aus, befassen sich mit dem Dach.

Bei mir in der Nähe, am Bahnhof Lenin-alle, steht seit Jahren eine Bauruine und behindert Autos wie Fußgänger. Keine Aussicht auf Fertigstellung. Wenn die bei uns agierenden Westfirmen so ein Ding im Bau haben, posaunen sie schon den Nutzungstermin aus. Eingehalten wird er fast nie. In der Regel kommen sie erst Monate später zu Stuhle. Das Vermieten zieht sich dann noch Jahre hin. Hat da nicht jemand über „Effektivität des Kapitalismus“ geredet?

Nach den Marktgesetzen von Angebot und Nachfrage müßten die Mieten ins Bodenlose fallen. Tun sie aber nicht. Überall sieht man, daß schon nach Monaten private Krauter die Geschäfte verlassen, weil sie den Mietpreis nicht zahlen können. Also steht das Zeug erst mal wieder leer.

Im realen Wohnungsbau gibt es soviel Mängel bei der Abnahme, daß die Mieter tagelang zu Hause sein müssen, damit die Mängelbeseitigung erfolgen kann. Im Tiefbau ist es nicht anders. Ehe sie anfangen, wird eine alte Kuh jung. Absperrungen stellen sie hin. Dann reißen sie alles auf. Bevor sie wieder zum Zuschütten kommen, vergehen halbe Ewigkeiten. Ist dann

alles erledigt, kehren sie zurück und reißen erneut alles auf. „Baue auf und reiße nieder, hast du Arbeit immer wieder“, ist vermutlich ihr Motto. Und trotzdem gibt es so viel arbeitslose Bauarbeiter.

Nehmen wir mal die südliche Friedrichstraße. Honecker wollte dort eine interessante Geschäftsstraße entstehen lassen mit Wohnungen, einem Hotel und Lokalen. Der Unterschied ist nur, daß wir als DDR eine schöne breite Straße bauen wollten; deren Häuserflucht war mit Lindenhof und Lindencorso vorgegeben und an der Flucht der bereits im Bau befindlichen und sinnlosweise abgerissenen Gebäude konnte man erkennen, was geplant war. Jetzt ist da eine Straße, die eher in ein Dorf paßt. So eng und schmal ist sie. Da haben sich Modearchitekten ausgetobt. Dort gibt es eine Fassade mit dreieckigen Erkern, bei deren Anblick man Augenschmerzen bekommt. Man sieht auch Blöcke mit einheitlicher Glasfassade. Monotonie par excellence. Haben sich die Sieger nicht gerade erst über die Monotonie von DDR-Bauten ausgelassen?

Die Westunternehmen errichten ihre Häuser übrigens fast ausschließlich aus Gußbeton. DDR-Menschen fragen sich, worin der Unterschied zu ihren Plattenbauten besteht.

Ja, Monotonie. Schauen wir uns bestimmte Wohngebiete in Westberlin an. Beispielsweise die Kölnische Heide oder das Märkische Viertel. Wie monoton sind solche Reviere? Was dort an Wohnungen gebaut worden ist, entspricht meist zu allerletzt den Bedürfnissen und Bedingungen der Mieter.

Früher gab es mit Corbusier, Mies van der Rohe, Gropius, Niemeyer usw. fortschrittliche Architekten, die menschenfreundliche Wohnungen schaffen wollten (Freibauweise, billige Flachdächer usw.). 1933 verfaßten Bauleute dieser Art die „Charta von Athen“; nach ihr sollten Besonnung u.a. für alle Wohnungen gesichert werden.

Wir in der DDR haben die Ziele und Erkenntnisse solcher Architekten weitergeführt. Jede Wohnung sollte möglichst Balkon oder Loggia haben. Im Politbüro- und Ministerratsbeschuß vom Februar '82 hieß es z.B.: „So wirkt der Wohnungsbau aktiv darauf ein, die vom Kapitalismus hinterlassenen unbefriedigenden Wohnverhältnisse Schritt um Schritt zu überwinden und die sozialistischen Wesenszüge unserer Städte immer deutlicher auszuprägen.“ Dort konstatiert man: „Auch künftig wird die

Entwicklung von Städtebau und Architektur in unserer Gesellschaft in erster Linie von sozialen Zielstellungen bestimmt.“ Die Fachzeitschrift „Architektur der DDR“ ließ erkennen, mit welcher Intensität wir um die Verbesserung des Wohnungsbaus, der Wohngebiete und -komplexe gekämpft haben. Lösungen wie in der Stalinallee kann man allerdings nicht im Massenwohnungsbau suchen. Vielleicht war es einmal das Ziel. Die Römer sagten, in großen Dingen sei es genug, gewollt zu haben. Hochachtung vor solchen Zielen. Drei Millionen Wohnungen in der Qualität der Stalinallee zu bauen war nicht realisierbar. Da gibt es nicht den geringsten Grund zu Häme oder Spott.

Wir waren über den westeuropäischen Wohnungsbau gut informiert und hatten zahlreiche Kontakte zu dortigen Fachleuten, auch aus den USA. Wir haben immer wieder festgestellt, daß wir uns mit dem sozialen Wohnungsbau bzw. Massenwohnungsbau westlicher Prägung durchaus vergleichen konnten. Das gilt für durchschnittliche Wohnungsgrößen, Raumgrößen, Wärme- und Trittschalldämmung usw. Vielfach waren wir sogar besser.

Die industrielle Bauweise - wir schufen eine Bauindustrie, kein Bauhandwerk - war neu und mußte sich erst in der Praxis bewähren. Die WBS 70 war dann schon eine recht ausgefeilte Typenbauweise mit spezifischen bezirklichen Variationen. Interessante Lösungen, Fassaden- und Silhouettengestaltungen bildeten in der DDR stets Themen von Forschung und Entwicklung. Dabei taten sich Erfurt und Rostock besonders hervor.

Kein Land der Welt ist damals auf den Gedanken gekommen, sich das Ziel zu stellen, „die Wohnungsfrage als soziales Problem“ zu lösen. Es war allein die DDR, die diese Aufgabe bis 1990 bewältigen wollte. Bereits in den 80er Jahren kannte ich Städte und Orte, die keine ernsthaften Wohnungsprobleme mehr hatten. Andererseits gab es auch Zurückbleibende. Nur Schwachköpfe können sich bei diesem Riesenprojekt darüber aufregen, daß die eine oder andere Wohnung nicht geschafft wurde. Abgesehen davon, daß die Reaktionen 1990 alles gestoppt haben. Jedenfalls war die BRD bis heute außerstande, die soziale Problematik des Wohnungsbaus auch nur in Angriff zu nehmen.

Die Einführung des „Komplexen Wohnungsbaus“ ab 1963 mit Hauptplan-

trägern, Hauptinvestoren, General- und Hauptauftragnehmern war eine äußerst fortschrittliche Maßnahme. Hier wurden alle Bauphasen und -leistungen erfaßt, von der Erschließung über den Tief- und Hochbau bis zur Errichtung von Gesellschaftsbauten und zu den Grünanlagen. Der DDR-Wohnungsbau hatte zeitweilig die höchste Produktivität in der Welt. Die Hochbauten schossen buchstäblich wie Pilze aus der Erde. Interessant ist, daß der Staat allen Wohnungsbaubetrieben (KWV, AWG) kostenlos Bauland aufgeschlossen und erschlossen zur Verfügung stellte. Eine solche Regelung wäre unter kapitalistischen Vorzeichen undenkbar.

Vergessen sei nicht, daß die Vorgabe lautete, im Durchschnitt mit 20 000 DM pro Wohneinheit auszukommen. In den Großstädten und Berlin lagen - vor allem wegen der aufwendigen Gründungen der zahlreichen Hochhäuser - die Istwerte immer darüber (Berlin in den 80er Jahren: 40 bis 41 TM/WE). Die sorgsame Verwendung von Grund und Boden wurde rechtzeitig erkannt. Deshalb führte man in den 70er Jahren die Bodennutzungsgebühr ein, um eine unnötige Ausdehnung von Baumaßnahmen zu verhindern. Landwirtschaftliche Nutzer und Kleingärtner wurden gewissenhaft entschädigt.

Abschließend: Was wir geplant haben, hatte Hand und Fuß. Größe und Struktur der Wohngebiete beruhten auf exakten Zahlen der Bevölkerungsentwicklung.

Für die Gesellschaftsbauten gab es städtebauliche Richtwerte, aus denen der Bedarf an Schulen, Kindereinrichtungen, Kaufhallen usw. abgeleitet werden konnte. Wirtschaftliche Einrichtungen mußten sich rentieren.

Heute ist es so, daß da, wo gestern ein Fischladen war, morgen ein Kosmetiksalon aufmacht und übermorgen ein Videogeschäft. Und auch das. Wo wir großzügig in Freibauweise eine gut-durchlüftete Stadt geschaffen haben und genügend Grünanlagen entstanden, erfolgt nun eine gnadenlos dichte Bebauung.

Daß manche Fragen in der DDR nicht gelöst wurden, lag vor allem daran, daß die finanziellen und ökonomischen Bedingungen nicht ausreichten. Das ist übrigens auch in der BRD nicht anders. Von ihr werden Theater, Schulen, Kindergärten und Krippen reihenweise geschlossen. Selbst Springbrunnen versiegen, wenn ein privater Sponsor fehlt. So etwas gab es in der DDR nicht. Bei uns wurde im Interesse der Menschen Politik gemacht.

Bodo Hundertmark

Würde jemand der Deutschen Kaiserreichsgründung und der Pariser Commune in einem Atemzug gedenken?

Thesen zur politischen „Gretchenfrage“

1. Die Gründung der DDR und ihre jahrzehntelange Entwicklung - trotz massiver Gegenkräfte - ist in erster Linie im Sinne der epochalen Frage (d.h. der Schaffung eines neuartigen Gesellschaftstyps, Gesellschaftszustandes, Zivilisationstyps als des kapitalistischen), nicht der nationalen Frage zu verstehen.

2. Wollte jemand eine Veranstaltung nach dem Motto „50 Jahre BRD/DDR“ durchführen, könnte das so ähnlich sein, als würde man zu einer Jubiläumsfeier zum Jahrestag des deutsch-französischen Krieges, der Gründung des Deutschen Reiches und der Herrschaft der Pariser Commune 1871 einladen.

3. Daß nach der konterrevolutionären Entwicklung seit 1989/90 im Sinne des Zusammenführens fortschrittlicher Kräfte nach inhaltlichen und formalen Gemeinsamkeiten in den alten und neuen Bundesländern gesucht werden muß, ist eine andere - und zwar wichtige - Frage.

4. Das Verhältnis zur Deutschen Demokratischen Republik ist für politisch wirkende Deutsche ebenso die wichtigste Frage wie das Verhältnis zu allen geschichtlichen Aktionen seit dem 16. Jahrhundert, die die Beseitigung der Klassenherrschaft zum Ziel hatten und haben, darunter vor allem zum real existierenden Sozialismus in verschiedenen Regionen der Erde. Es ist die wichtigste Frage für alle progressiven Kräfte im internationalen Maßstab - besonders für Kommunisten und Sozialisten. Dabei geht es nicht um ein paar vorbildliche soziale und kulturelle Leistungen der DDR mehr oder weniger (etwa in dem Sinne: In der DDR wurden zwar schwere Fehler, selbst Verbrechen begangen, aber es gab sehr gute Kindergärten und billige Mieten).

5. Von der Beurteilung dessen, was inhaltlich bei der Gestaltung des Zusammenlebens der Menschen von 1945 bis 1990 auf dem Gebiet der DDR vor sich ging, und der Stellung dazu ist es vor allem abhängig, ob die Probleme der neuen Bundesländer (z.T. „Chefsache“) nur zur Einverleibung in die Vergangenheit (kapitalistische Gesellschaft) oder als Triebmittel („Hefe“) zu einem gesellschaftlichen „Aufschwung Ost“ für die gesamte BRD zielstrebig genutzt werden. Alle politischen Parteien und Organisationen werden sich inhaltlich dieser Frage an der Wende zum neuen Jahrhundert und Jahrtausend zu stellen haben und daran scheitern oder sich progressiv entwickeln.

6. Die revolutionären Leistungen bei der Errichtung der antifaschistisch-demokratischen und dann der sozialistischen Ordnung seit 1945 in SBZ und DDR hätten nicht ohne die FDJ (gegründet am 7. März 1946) und

die SED (gegründet am 22. April 1946), also ohne Massen junger Menschen durchgeführt werden können. Sustainielle Umwälzungen bedürfen der Tatkraft junger und der Erfahrung alter Generationen. Das Manifest z.B. haben Engels und Marx dem Bund der Kommunisten zugearbeitet, als sie 28 bzw. 30 Jahre alt waren; das Hauptwerk des Marxismus, das „Kapital“, erschien 1867 (Marx starb 1883), 1885 und 1894 (Engels starb 1895) in seinen drei theoretischen Büchern und 1905 bis 1910 (von Karl Kautsky herausgegeben) in seinem geschichtlichen Teil, den „Theorien über den Mehrwert“.

7. Nach wie vor gilt Engels' Hinweis: „Unsere Ansichten über die Unterschiede zwischen einer künftigen, nichtkapitalistischen Gesellschaft und der heutigen sind exakte Schlußfolgerungen aus den historischen Tatsachen und Entwicklungsprozessen und sind, wenn sie nicht im Zusammenhang mit diesen Tatsachen und dieser Entwicklung dargelegt werden, theoretisch und praktisch ohne Wert.“ (Brief an: Edward E. Pease, 27.1.1869) Können also - um angesichts der aktuellen Programmdebatten die Frage im Interesse der Sache zuzuspitzen - alte Generationen den jungen deren Programme ausarbeiten?

Die inneren Ursachen für die Niederlage des Sozialismus in wichtigen Regionen der Erde seit 1989/1991 müssen vor allem in der schwindenden Volksverbundenheit der SED und staatlicher Organe ca. ab Mitte der 70er Jahre und in der Unfähigkeit politisch führender Kräfte gesucht werden, das Alterwerden der Gesellschaft, die wachsende Differenzierung, entstehende neue Bedürfnisse und Entwicklungen rechtzeitig vorurteilsfrei sehen, studieren und analysieren zu können. Das Bewahren, das „Konservieren“ (jede Hausfrau macht das!) des Sozialismus als gesellschaftlicher Organismus verlangt inhaltlich rechtzeitiges Sich-trennen von Überlebtem und Ansetzen von Neuem. Es ist das geschichtlich alte, immer wieder neue Problem, wie Führungen imstande sind, die Gedanken und den fortschrittlich umwälzenden Schwung vorangehender auf nachfolgende Generationen zu übertragen. Muß es immer so sein: Der Vater erstellt's, der Sohn erhält's, dem Enkel zerfällt's?

Nur wissenschaftlich rücksichtsloses Studium der neuen realen nationalen und internationalen Sachverhalte an der Wende dieses Jahrhunderts kann der Ausgangspunkt in dieser Phase der Reaktion sein, um einen neuen Zivilisationsschub zu inspirieren.

Eike Kopf

Die Rote Hilfe - was war das?

Mutige Anwaltsgarde

Unweit des Alexanderplatzes liegt eine Straße, die einmal Neue Friedrichstraße hieß und in der sich die Zivilabteilung des Berliner Landgerichts befand. Nach der 1948 vollzogenen Spaltung Berlins, die auch zur Teilung der Justiz führte, wurde diese Straße umbenannt. Sie hieß fortan Littenstraße zum Gedenken an einen jungen, begabten und mutigen Rechtsanwalt, der nur 35 Jahre alt werden durfte, ehe ihn die Faschisten in den Tod trieben. Hans Litten - selbst kein Kommunist - war Anwalt der Roten Hilfe.

Kommunisten werden verfolgt seit es sie gibt. Kaum war die Gründung des Bundes der Kommunisten proklamiert, fand 1852 auch schon ein Prozeß - als Kölner Kommunistenprozeß bekannt - statt. Es folgte die Zeit des Sozialistengesetzes, die Verfolgung der Kämpfer der Novemberrevolution. Die KPD, gerade erst entstanden, wurde durch den feigen Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ihrer Führer beraubt. Die Mörder, obschon bekannt, blieben ebenso straflos wie die rechten Anführer des Kapp-Putsches. Linke dagegen wurden hart verfolgt. 1924 waren 7 000 von ihnen inhaftiert, gegen 18 000 war Anklage erhoben. Von den 822 Hochverratsprozessen zwischen 1923 und 1931 richteten sich 800 gegen Kommunisten.

Dies war die Situation, in der die KPD daran ging, Hilfe zu organisieren für die unmittelbar und mittelbar Betroffenen. Sie ergriff die Initiative zur Schaffung einer „Solidaritätsorganisation der Werktätigen zur Behebung des Elends, das durch die deutsche Klassenjustiz hervorgerufen wurde“. Am 1. Oktober 1924 erfolgte die Gründung der Roten Hilfe Deutschlands, deren erster Vorsitzender Wilhelm Pieck war, ihm folgte Clara Zetkin.

In ihrer Satzung bezeichnete sich die RHD als eine „überparteiliche Hilfsorganisation zur Unterstützung a) der proletarischen Klassenkämpfer, die wegen einer aus politischen Gründen begangenen Handlung oder ihrer politischen Gesinnung in Haft genommen sind;

b) der Frauen und Kinder von inhaftierten, gefallenen oder invaliden Klassenkämpfern“.

In ihrer praktischen Arbeit orientierte sie sich auf Unterstützung durch Gewährung von Rechtsschutz, barem Geld, Lebensmitteln, Kleidungsstücken sowie die Pflege der geistigen Verbindung der Arbeiterschaft mit den Gefangenen und deren Angehörigen, Versorgung mit Literatur sowie durch ständiges öffentliches Wirken um Erleichterungen und Erlaß der Strafe.

Seit ihrer Gründung bis Mitte 1929 leistete die RHD knapp 18 000 Inhaftierten Beistand - auch juristischen - und in 27 000 Fällen Rechtsschutz.

Heinrich Hannover, der bekannte Anwalt schreibt in einem kritischen Rückblick auf diese Zeit: „Das Gros der Kommunistenprozesse der Weimarer Republik, in denen gegen eine Unzahl kleiner, namenloser Funktionäre Freiheitsstrafen verhängt worden sind, war, was die zugrundeliegenden 'Handlungen' anbelangt, substanzlos. Die Handlung war lediglich Vorwand, um die Gesinnung bestrafen zu können. Diese Justizpraxis - wir sträuben uns sie Rechtsprechung zu nennen - bereitete bereits den Boden für die Konzentrationslager der Nazis.“

Die Strafverteidigung bildete den Kern der Arbeit der RHD-Anwälte. Gemessen an der großen Zahl politischer Prozesse waren es nur wenige Verteidiger, die der RHD zur Verfügung standen. „Rote-Hilfemandate“ versprachen weder Prestige in der bürgerlichen Gesellschaft noch hohe Gebühren.

Unter der Vielzahl der politischen Prozesse gab es auch eine Reihe von Strafverfahren von herausragender Bedeutung. Der bekannteste politische Gefangene der Weimarer Republik war Max Hoelz. 1921 verhaftet, vor Gericht gestellt und wegen Totschlages an einem Gutsbesitzer zu lebenslanger Haft verurteilt, obwohl er nicht der Täter war, stand er ab 1926 im Mittelpunkt einer der größten RHD-Kampagnen. Unter der Losung „Heraus mit Max Hoelz und allen politischen Gefangenen!“ wurde für eine umfassende Amnestie gekämpft. Die Kampagne unterstützten prominente Künstler, Wissenschaftler und Journalisten. Die RHD-Anwälte Felix Halle und Alfred Apfel reichten für Hoelz ein Wiederaufnahmegesuch ein. 1928 erging schließlich die Amnestie, die auch ihm die Freiheit brachte.

Der 1. Mai 1929 ist als „Blutmai“ in die Geschichte eingegangen. Es hatte 30 Tote, hunderte Verletzte und 1 200 Festnahmen gegeben. Als Protest hiergegen gründete sich ein unabhängiger Untersuchungsausschuß, dem neben Carl von Ossietzky und Heinrich Mann auch Hans Litten angehörte. Dieser führte in mehreren öffentlichen Veranstaltungen Zeugenvernehmungen durch, erstattete Strafanzeige gegen Zörgiebel und verteidigte Demonstrations Teilnehmer vor Gericht. Dabei beschuldigte er den Polizeipräsidenten des Mordes in der - allerdings vergeblichen - Hoffnung, selbst wegen Beleidigung belangt zu werden und dabei Gelegenheit zu erhalten, die

Wahrheit über den Blutmai beweisen zu können.

Im sogenannten Eden-Prozeß gelang es Hans Litten, Hitler als Zeugen vorladen zu lassen. Er konfrontierte ihn mit zahlreichen Zitaten aus Flugblättern, um das Terrorprogramm der NSDAP deutlich zu machen. Hitler hatte gerade vor dem Reichsgericht demagogisch die Verfassungstreue seiner Partei beschworen. Nun mußte er sich einem stundenlangen Verhör unterziehen und sich formal von einigen Äußerungen distanzieren.

Von Februar bis April 1925 fand vor dem „Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik“ ein Hochverratsprozeß gegen angebliche Mitglieder des Militärapparats der KPD statt. Er lief unter dem Decknamen „Tscheka-Prozeß“. Dieser war gekennzeichnet durch zahlreiche Rechtsverstöße, Behinderung der Verteidigung - von den 11 tätig werdenden Anwälten gehörte die Hälfte zur RHD -, Bespitzelung der Angeklagten in ihren Zellen, Bezugnahme auf „geheime Gewährsleute“ usw. Die Krönung all dessen war, daß der Verteidiger Artur Samter auf Weisung des Vorsitzenden durch Polizeibeamte zwangsweise aus dem Saal geführt wurde. Seine Kollegen erwiesen sich solidarisch und folgten ihm. Seit ihrer Gründung erarbeitete und veröffentlichte die RHD viele Aufklärungsschriften. Sie wurden zu einem geringen Preis verkauft, waren in verständlicher Sprache verfaßt und enthielten praktische Tips in Rechtsangelegenheiten. So gaben sie z.B. Hinweise für zweckmäßiges Verhalten bei Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. Ihr Verfasser war meist der KPD-Politiker und RHD-Mitbegründer Prof. Felix Halle. Er war auch der Autor der Broschüre „Wie verteidigt sich der Proletarier in politischen Strafsachen vor Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht?“. Die RHD war damit in die Offensive gegangen und hatte Betroffene wie potentiell Betroffene auf kommende Anforderungen vorbereitet. Sie gab damit auch Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, die die unmittelbare Hilfe der RHD nicht in Anspruch nehmen konnten, ein wichtiges Material in die Hand.

Von der RHD gingen Initiativen zu rechtspolitischen Aktionen aus. Sie unterbreitete Analysen von Gesetzesentwürfen und brachte eigene Vorschläge ein. So entwickelte sie z.B. ihre Vorstellungen zur Gestaltung des Strafvollzugs. Sie entlarvte den Charakter vorgesehener Gesetzesvorhaben und trat gegen geplante reaktionäre Verschärfungen, gegen Sonderrecht, „Schnellgerichte“ und gegen die Todes-

strafe auf. Auf einer Großveranstaltung gegen die Sondergerichtsbarkeit im September 1932 sprachen vier RHD-Juristen - Felix Halle, der linke Sozialdemokrat Rosenfeld, die Parteilosen Litten und Wertbauer - sowie der stellvertretende Vorsitzende des Rechtsausschusses im Preußischen Landtag Erich Steinfurth (KPD), die Schriftsteller Ludwig Renn und Johannes R. Becher u.a.

Mit dem Machtantritt der Faschisten war eine legale Arbeit der Roten Hilfe nicht mehr möglich. Alle RHD-Anwälte erhielten im April/Mai 1932 Berufsverbot. Nun

waren auch sie die Verfolgten und Gejagten. Nach dem Reichstagsbrand wurden verhaftet: Felix Halle, Hans Litten, Alfred Apfel, Ludwig Barbasch. Ernst Hegewisch und Ludwig Bendix kamen ins KZ. Hilde Benjamin und Rolf Helm wurden mehrfach inhaftiert. Kurt Rosenfeld, Josef Herzfeld und Hilde Neumann flohen ins Exil.

So endete die Arbeit der Rote-Hilfe-Juristen. Sie haben uns viele wertvolle Erfahrungen hinterlassen. Daß wir sie selbst noch einmal brauchen würden, hätten wir uns nicht träumen lassen.

Gerda Klabuhn

Brief einer besorgten „RotFuchs“-Leserin aus Westberlin

Liebe Genossinnen und Genossen, Spektakuläres oder sensationell Neues habe ich nicht zu verkünden. Ich will Euch einfach mal mein Herz ausschütten. Meine täglichen Erfahrungen zwingen mich zum Nachsinnen über das Hier und Heute. Wie recht hat Marx: Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewußtsein.

Die Wurzeln unserer sozialen Misere sind in ökonomischen Sphären zu suchen. Der Kapitalismus ist eine Bereicherungsgesellschaft, in der Betrug und Diebstahl nicht nur erlaubt sind, sondern sogar als höchste Tugenden gelten. Seine Devise lautet: Dort ernten, wo man nicht selbst gesät hat. Dieses Prinzip steht allen vernünftigen und sittlichen Interessen der Menschen gegenüber.

Die Konkurrenz setzt Kapital gegen Kapital, Arbeit gegen Arbeit, Grundbesitz gegen Grundbesitz und ebenso jedes dieser Elemente gegen die beiden anderen. Im Kampf siegt der Stärkere. Das Resultat ist Vernichtung. Krieg statt Frieden.

Für mich entsteht die Frage: Was will die PDS eigentlich erreichen? An die Wurzeln des Übels geht sie nicht. Sie hat sich klar für die Marktwirtschaft entschieden, also für eine vom Kapital dominierte Ordnung. Gleichzeitig aber propagiert sie soziale Gerechtigkeit. So versucht sie einen Spagat, die Quadratur des Kreises. Die PDS will den Kapitalismus „sozial verträglicher“ gestalten: ein bißchen mehr Lohn, ein bißchen Frieden, ein bißchen weniger Ausbeutung. Doch im Kapitalismus gibt es nur Gewinner und Verlierer.

Wie sieht es in unserer Gesellschaft aus, in der die Unternehmen rasch lernten, auf der Jagd nach Märkten und Kostenreduzierung global zu operieren?

Überall spüren die Arbeiter die Konkurrenz von Arbeitern anderswo auf der Welt. Das gibt ihnen das Gefühl völliger Ungeschütztheit. Früher übliche Standardantworten auf verstärkten Druck wie die Verhängung von Importbeschränkungen u.a. sind inzwischen durch internationale

Verträge weithin ausgeschlossen. Eine irgendwo auftretende Turbulenz wird so gleich auch anderswo spürbar. Es vergeht kein Tag, an dem die Menschen nicht daran erinnert werden, welche prekär geringe Kontrolle sie über ihr ökonomisches Geschick haben.

Das bloße Tempo der Veränderung in Produktion, Technologie, Finanzen und sonstigen Bereichen sowie der rapide Wechsel von Gewinnern und Verlierern haben viele Menschen überfordert. Sie schalten einfach ab, werden passiv und lethargisch. Das Tempo aber läßt sich nicht mehr bremsen. Und die Geschichte duldet kein Patt. Bloßen Betrachtungen müssen Taten folgen. Was soll denn aus einer Nation werden, die sich einst der Fesseln des Faschismus entledigen und mit der Gründung der DDR sogar in einem Drittel des Landes die kapitalistischen Strukturen erfolgreich zerschlagen konnte? Sollen wir endgültig in die Geschichte als die Gescheiterten eingehen? Hat nun das alles Menschliche zerstörende Kapital tatsächlich definitiv gesiegt? Unsere Grundwert-Vorstellungen, für welche Völker und Nationen gekämpft haben, werden mit Füßen getreten.

Wir sollten es mit Friedrich Engels halten: Eine begriffene Niederlage trägt schon den Keim künftiger Siege in sich. Oder mit Heinrich Heine: „Der heutige Tag ist ein Resultat des gestrigen. Was dieser gewollt hat, müssen wir erforschen, wenn wir zu wissen wünschen, was jener will.“

Wenn wir das durchdenken, kann das Ergebnis nur sein: Wir müssen wieder mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften kämpfen. Wir müssen den Menschen sagen: Glaubt nicht an die angebliche Friedensliebe der Herrschenden! Hofft nicht auf die versprochenen Arbeitsplätze! Sie brechen Verträge. Sie lügen. Sie haben keine Skrupel. Je länger wir warten, umso höher wird der Preis sein.

Es umarmt und grüßt Euch

Eure Mitkämpferin Ruth Kolb

Aus einer Rede, die nie gehalten wurde

Was war das, die ABF?

Robert Iswall, der mit dem Autor identische Held der „Aula“ Hermann Kants, erhält den Auftrag zu einer Rede aus Anlaß der Schließung der Greifswalder Arbeiter- und Bauern-Fakultät, die ihre Tätigkeit nach erfolgreicher Arbeit beendet hat. Iswall konzipiert diese Rede, die dann aufgrund bürokratischer „Um-dispositionen“ zugunsten allgemeiner Agitation nie gehalten wird, in seinem Kopf. Wir drucken hier einen Ausschnitt, der eine der größten Errungenschaften der DDR - die Brechung des Bildungsmonopols der besitzenden Klassen und das Entstehen einer proletarischen Intelligenz - besonders eindrucksvoll umreißt.

Ginge es nach mir, verehrte Anwesende, dann ließe ich das Reden sein, dann machte ich etwas ganz anderes, dann höbe ich den Finger und zeigte auf euch, ihr Mitneunundvierziger, auf jeden einzelnen von euch und sagte: Steh auf, sag deinen Namen und sag deinen Beruf. den von damals und den von heute, und dann setz dich wieder, denn das ist alles. Alles, was wir brauchen, sind Tatsachen. Und nun steht auf, ihr Tatsachen, und laßt euch sehen!

Irmgard Strauch, Verkäuferin - Studienrätin; Joachim Trimbom, Fischer - Chemiker; Rose Paal, Landarbeiterin - Sinologin; Vera Bilfert, Schneiderin - Augenärztin. Und nun die nächste Reihe, bitte: Urmacher - Diplomphysiker; Frisör - Hochfrequenztechniker; Volkspolizist - Mitarbeiter ... Wie bitte, was war das für ein Beruf, der jetzige? ... Mitarbeiter, hm, Mitarbeiter im MfS ... im wo? ... im Ministerium für Staatssicherheit ... so, so, Mitarbeiter, ja? ... hm, Oberst, genau gesagt ... danke, der nächste: Landarbeiter - Chirurg, Dr. med habil., Verdienter Arzt des Volkes; Waldarbeiter - Angestellter ... Halt, schon wieder einer, der Zicken macht, was heißt hier Angestellter, das kannst du sagen, wenn du deinen Personalausweis verlängern läßt, Jakob Filter, und ich wette, in deinem jetzigen steht es so: Angestellter, und wahrscheinlich wird es auch noch drinstehen, wenn du Vorsitzender des Ministerrates geworden bist, aber hier mußt du schon Farbe bekennen. Also, was für eine Art Angestellter und bei welcher Behörde? Lauter sprechen, laut und deutlich ... Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Land- und Forstwesen, Diplom-Forstwirt.

Sehr gut! So, dann komm mal vor, Jakob Filter, setzt dich hier in die erste Reihe, denn jetzt wird eine Rede auf dich gehalten, Festredner Iswall stimmt jetzt einen attischen Bienensang auf dich an; die anderen brauchen nicht mehr aufzustehen, immer das gleiche: Ziegeleiarbeiter - Cheftechnologe; Färberin - Staatsanwältin; ein Spezialist für Oberflächenhärtung, der Maurer war; ein Radiologe, der Steinsetzer gelernt hat, und sofort, immer das gleiche, ist ja langweilig. Wer jetzt noch nicht ahnt, was dies hier für ein Haufen ist, wer jetzt noch nicht sieht, was das war, ABF, wer jetzt noch nicht weiß, was das ist, DDR, der kann einem nur leid tun, dem ist nicht zu helfen und den möchte Robert Iswall auch gar nicht dabei haben, wenn er sich in eine attische Biene verwandelt und anhebt zu singen: Es war einmal ein Waldarbeiter namens Jakob Filter ...

Am Rande bemerkt

□ Am 25. August gedenken wir des 55. Jahrestags der Ermordung **Mussa Dshalils**. Der nur 38 Jahre alt gewordene tatarische Dichter, Kommunist und wegen seines aktiven antifaschistischen Kampfes in Plötzensee Hingerichtete wurde bei uns vor allem bekannt durch seinen unter abenteuerlichen Umständen aus dem Gefängnis Moabit geretteten Gedichtzyklus „Moabiter Hefte“, für den er postum mit dem Leninpreis geehrt wurde. Ihm wurde außerdem der Goldene Stern des „Helden der Sowjetunion“ verliehen.

Dshalils Witwe Amina schrieb 1976: „Der Moabiter Zyklus, von Zeitgenossen wie Nachfahren als unsterbliche poetische Leistung gewürdigt, ist die Bilanz eines kurzen, glanzvollen, erfüllten Lebens.“

Mussa Dshalil war ein unerhört lebensvoller und begeisterungsfähiger Mann. Was immer er tat, er tat es mit Leidenschaft, mit wirklicher Freude an der Sache. Und immer wieder stand er regelrecht in Flammen. So schrieb er seine Verse über die Liebe, über Freundschaft und schöpferisches Tun und Freud und Leid, so träumte er seine Träume, scherzte seine Scherze, redigierte Zeitschriften für Kinder und Erwachsene, baute das Nationaltheater für Oper und Ballett auf, stand dem tatarischen Schriftstellerverband vor. Es machte ihm Spaß, und seine Kräfte schienen einfach grenzenlos.

Wenn ich an ihn denke, sehe ich fröhliche, schwarze Augen, einen beschwingten Gang, sprühende Freude, Behendigkeit, Energie. Gut war er, feinfühlig, leicht verletzlich, aber auch unerschrocken und von großer innerer Festigkeit.“

Glaub es nicht!

Sagt man dir, Liebste: „Dshalil war müd, man hat ihn kampflos niedergeschlagen.“ Glaub es nicht, Liebste! Glaube kein Wort! Kein Freund wird dir so etwas sagen.

Mit Blut habe ich auf die Fahne geschrieben den Schwur, immer vorwärts zu gehn. Ich habe kein Recht, zu straucheln, zu stürzen, ermüdet gar stillzustehn.

Sagt man dir, Liebste: „Dshalil verriet die Heimat. Hat Not nicht ertragen.“ Glaub es nicht, Liebste! Glaube kein Wort! Kein Freund wird dir so etwas sagen.

Als die MPi auf den Rücken ich nahm, schwor ich, die Heimat zu schützen. Hätte ich dich und die Heimat verraten, was könnt mir mein Leben noch nützen?

Sagt man dir, Liebste: „Dshalil ist tot, du mußt deinen Toten beklagen!“ Glaub es nicht, Liebste! Glaube kein Wort! Kein Freund wird dir so etwas sagen. Die Erde begräbt meinen Körper – mein Herz, das flammende, singt und singt. Kann der denn sterben, der seinen Feind immer aufs neue bezwingt?

*Geschrieben in Moabit, 20. Nov. 1943
(Nachdichtung: Helmut Preißler)*

Das Verdienst, Ort und Stunde der Hinrichtung Dshalils in langwieriger Sucharbeit ermittelt zu haben, kommt dem Slawisten, Übersetzer und Genossen Leon Nebenzahl zu, der darüber einen spannenden Bericht „Auf den Spuren Mussa Dshalils“ veröffentlichte (in „Im Zeichen des roten Sterns“, Erinnerungen an die deutsch-sowjetische Freundschaft, Dietz Verlag, Berlin 1975, S. 307–317).

□ Vor 20 Jahren, am 28. August 1979, starb der große sowjetische Schriftsteller **Konstantin M. Simonow**. RotFuchs-Lesern braucht der am 28. 11. 1915 in Petrograd Geborene wohl nicht mehr extra vorgestellt zu werden – deshalb an dieser Stelle zur Erinnerung nur die Titel einiger seiner bekanntesten Werke (die zum Teil großartig verfilmt wurden): Freunde und Feinde (Gedichtsammlung); Tage und Nächte (der erste sowj. Stalingradroman); Waffengefährten, Die Lebenden und die Toten, Man wird nicht als Soldat geboren (Romanzyklus über den Großen Vaterländischen Krieg); Die russische Frage (Drama); Kriegstagebücher. Der US-amerikanische Publizist und Sowjetunion-Korrespondent Harrison Salisbury schrieb über Simonow:

„Mag es auch altmodisch klingen, ich bekenne dennoch, daß mich das Gedicht ‚Wart auf mich!‘ heute noch genauso beeindruckt wie einst. Ich erinnere mich noch gut an die emotionale Wirkung, die diese Verse auf die Männer und Frauen im kämpfenden Rußland hatten, an die Zuversicht, die aus diesen einfachen Worten voller Optimismus und Siegesgewißheit erwuchs. Bei der Bezwingung der faschistischen Eroberer durch die Russen spielten viele Faktoren eine Rolle, nicht zuletzt Simonows schöpferische Phantasie, seine Lyrik, seine Poesie, die Fähigkeit, das Wesen der Dinge zu ergründen, die Kraft seines humanistischen Wirkens und sein frischer Lebensmut, von denen die Gedichte, Reportagen, Stücke und Romane zeugen. ... Als seine Asche auf dem Feld bei Mogiljow in den Wind gestreut wurde, mußte ich daran denken, wie richtig das war, denn Konstantin braucht keine Denkmäler. Mit seinem Leben und seinem Werk hat er sich selbst das beste Denkmal gesetzt.“

□ **Rainer Eppelmann**, MdB und besonders eifriger Aufarbeiter der „SED-Diktatur“, mit Sicherheit weder unser Leser noch unser Freund, sagt: „Wir sehen, daß der Gedanke des Kommunismus noch nicht überwunden ist ...“ Da wollen wir ihm ausnahmsweise einmal nicht widersprechen – und unser Scherflein dazu beitragen, daß er auch in Zukunft in diesem Punkt recht behalten möge!

□ Einige der in früheren RotFuchs-Ausgaben in der Bücher-Ecke angezeigten Titel sind noch erhältlich. Bei Interesse bitte nachfragen! □ Durch eine großzügige Spende von Dieter Noll sind wir in der glücklichen Lage, einige seiner Bücher (Die Abenteuer des Werner Holt, 2 Bde.; In Liebe leben –

Gedichte, sowohl die Normalausgabe [1985] als auch die von Willi Sitte illustrierte bibliophile Ausgabe [1987]), teilw. mit Widmung, abzugeben.

BÜCHER - SUCHDIENST:

Falls Leser dringend ein vergriffenes Buch suchen – zum Selberlesen oder zum Verschenken –, hilft die Redaktion nach Möglichkeit (gegen etwas Futter für den RotFuchs) gerne bei der Beschaffung.

RF-Bücher-Telefon: 0 30/391 84 24

W. M.

GLÜCK

Glück – das ist eine Arbeit, die man liebt und die man gut machen möchte.

Glück – das ist eine Frau, die man liebt und versteht und von der man geliebt und verstanden wird.

Glück – das sind Freunde, an die man glaubt, von denen man weiß, daß sie einen niemals verraten werden, und die einem ebenso glauben wie man ihnen.

Glück – das sind Kinder, die man so zu erziehen vermag, wie man sie gern sehen möchte, und die, wenn sie heranwachsen, die eigenen Ansichten zu teilen beginnen (natürlich über entscheidende Dinge; bei zweitrangigen Dingen braucht das keineswegs der Fall zu sein).

Glück – das ist ein reines Gewissen vor den Menschen und der Gesellschaft ...

Konstantin Simonow



Grafik von Gernot Battesch

Wie ist das mit der Pressefreiheit?

„Die Schere im Kopf“

Am 16. Juli hat Frankreichs Präsident Chirac in Oradour eine Gedenkstätte für die 1944 von der Waffen-SS Ermordeten eingeweiht. Im Juli 1944 waren die 642 Einwohner des Ortes, darunter 245 Frauen und 207 Kinder, umgebracht worden; die meisten wurden bei lebendigem Leibe in der Kirche verbrannt. Die Bestrafung der Mörder, so der „Tagesspiegel“ am 17. Juli, scheiterte „an der Realpolitik in Frankreich und Deutschland in den 50er Jahren“, als sich der Kalte Krieg gegen die sozialistischen Staaten, auch gegen das sozialistische Deutschland, seinem Höhepunkt näherte. Die damals in Bordeaux vor Gericht gestellten SS-Männer - es waren nur niedere Chargen, keine hohen Offiziere - bekamen Haftstrafen, zwei wurden zum Tode verurteilt. „Unmittelbar danach wurden alle Täter vom Pariser Parlament amnestiert oder bis 1958 begnadigt.“ General Heinz Lammerding, der Kommandeur der SS-Division „Das Reich“, zu der die Mörder von Oradour gehörten, lebte unbehelligt in der BRD, wo er nach dem Krieg „in Düsseldorf als Bauunternehmer Karriere machte“. Der „Tagesspiegel“ stellte zugleich fest: „Einzig der SS-Obersturmführer Heinz Barth wurde in der damaligen DDR zu lebenslanger Haft verurteilt, 1997 kam er frei.“

Ich war wenige Wochen nach der Verurteilung Barths in Marseille. Kommunisten beim Sender der Stadt wollten mit mir ein Live-Gespräch über die DDR machen. Was sie denn in etwa von mir wissen wollten, fragte ich vorher. Nun, vor allem etwas über die Lage der Arbeiter, die Sozialpolitik. „Werdet ihr mich auch fragen, ob es in der DDR Pressefreiheit gibt?“, wollte ich wissen.

„Nein - natürlich nicht!“

„Und warum nicht?“

„Na, wenn du meinst ...“

Die Sendung begann und sie fragten denn auch nach der Pressefreiheit. „Bei uns kann man alles schreiben und senden, was dem Frieden und dem Sozialismus nützt. Aber niemand würde etwas publizieren, was faschistische Verbrechen beschönigt, gar bestreitet, ob zur Nazizeit oder in Chile, gegen Cuba, Vietnam ... So ein Herumgeeire wie in manchen französischen Zeitungen über die Verbrechen Barbies, des Judenmörders von Lyon, könnt ihr in den Berichten über den Prozeß gegen Barth in der DDR-Presse nicht finden. Ich kann euch auch sagen, daß ich - wie viele DDR-Bürger - schockiert war, daß Barth nur lebenslänglich bekam und nicht zum Tode verurteilt wurde!“

„Ja, wir auch!“

„Doch die Todesstrafe wurde in der DDR

seit Mitte der 70er Jahre nicht mehr angewandt, und wir wollten nicht wieder damit beginnen. Außerdem lebte Lammerding damals mit einer fetten Rente in der BRD, niemand tat ihm was, man hatte ja leider keine Beweise für seine Verantwortung, schriftliche Befehle etwa, gefunden!“

Die Todesstrafe wurde in der DDR als einzigem sozialistischem Staat und im Gegensatz zur „Hochburg des Humanismus“, den USA, 1987 abgeschafft.

Aber noch etwas zum Thema Pressefreiheit. Im Prinzip war es so, wie ich es den französischen Genossen gesagt hatte. Jedoch wurde die eigenverantwortliche Arbeit der Journalisten ab Mitte der 70er Jahre immer mehr eingeengt. Hatte man zu Ulbrichts Zeiten von uns erwartet, daß wir selbständig auf der Grundlage der Verfassung der DDR, der Gesetze der Volkskammer und der Beschlüsse der Partei arbeiteten, gab es vor allem in den 80er Jahren detaillierte Vorgaben, Auflagen. Es galt der Befehl: „Wortlaut“, wenn es sich um bestimmte Meldungen handelte.

Ein Beispiel. In einem Manuskript über den Waffengebrauch des Bundesgrenzschutzes, das den Abzeichnungsvermerk „Einv. E.H.“ trug, hieß es: „Bei ihnen sitzt der Colt lockerer“, womit die Schießpraktiken der Beamten im Westen gemeint waren. Ich weigerte mich, diesen Satz in der „Aktuellen Kamera“, bei der ich damals tätig war, zu senden: „Der Komperativ ‘lockerer’ unterstellt ja, daß bei unseren Grenzern der Colt locker sitzt!“ Der Chefredakteur geriet ins Schwitzen. Gerade erst am Vortag hatte er eins drauf gekriegt, weil er nicht den Wortlaut gebracht, sondern eine kleine Kürzung vorgenommen hatte. So wies er den Sprecher an, „lockerer“ undeutlich auszusprechen, daß man es auch als „locker“ verstehen konnte.

Aber bei allen Einschränkungen und Vorschriften, die von Honecker und Joachim Herrmann ausgingen - es ist ein großer Irrtum zu glauben, daß es entsprechende Weisungen in der BRD nicht gab oder gibt, daß dort „reine Pressefreiheit“ existiert und Journalisten oder Autoren schreiben können, was sie wollen. Kürzlich, am 21. Juli, las ich im „Tagesspiegel“, was Herr Geissendörfer, der „Lindenstraßen“-Autor, dazu zu sagen hatte: „Früher seien so heikle Themen wie Neonazismus durch die ARD-Kontrollinstanzen oft verschoben worden ... Heute ... können wir machen, was wir wollen, solange wir uns an die Rundfunkgesetze halten“. Und der „Tagesspiegel“ schreibt weiter, für ihn (Geissendörfer - W.F.) beginne die Zensur im Kopf !!!

Wie bitte? Eine Schere im Kopf freier, demokratischer Autoren? Das gibt es? Und was sind eigentlich ARD-Kontrollinstanzen? Sind das Kontrolleure im Apparat der ARD oder gibt es da Instanzen, die Sender und Redaktionen kontrollieren? Sind das vielleicht jene, die darauf achten, daß die Menschen mit stereotypen Lügenformeln irregeführt werden? Warum setzt sich keine Zeitung mit Begriffen wie Sparpaket auseinander? Es müßte schließlich Sozialabbauprogramm heißen! Oder statt humanitärer Aktion ganz einfach Unterdrückungskrieg.

Na ja, die Schere im Kopf und die Kontrollinstanzen ...

Und warum konnte Geissendörfer früher nicht Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Neonazismus von seinen braven Lindenstraßlern anprangern lassen, warum erst heute? Na, früher gab es die DDR. Dortige Zuschauer sollten nicht so mitkriegen, was es da an alten und jungen Faschisten gab. Und daß Karl-Eduard von Schnitzler mit seinem „Schwarzen Kanal“ recht tat.

Walter Florath

Briefe an „RotFuchs“



Im „RotFuchs“ Nr. 17 berichtete ich, wie die Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion in Rußland und der Ukraine die ehemaligen Angehörigen des MIS der DDR im Kampf gegen die Verletzung ihrer Menschen- und Eigentumsrechte durch Proteste beim UNO-Menschenrechtszentrum in Genf unterstützten. Mein Freund, Genosse und Kampfgefährte Wladimir Gall, ein Held dieses Krieges, den ich in Freundschaft und Verbundenheit am 17. Juli 1999 in meine Arme schließen konnte, gehört zu jenen Veteranen, die im Widerstand gegen Rentenstrafrecht und soziale Ausgrenzung an unserer Seite stehen.

Wladimir Gall war in der DDR weithin bekannt. Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus arbeitete er als Kulturoffizier der SMAD in Sachsen-Anhalt, half beim Aufbau und der Entwicklung der DDR.

Der unvergessene Konrad Wolf hat Galls mutige Tat in der Festung Spandau in seinem DEFA-Film „Ich war neunzehn“ eindrucksvoll dokumentiert. Erinnern wir uns: „Am sonnigen Vormittag des 1. Mai 1945 - die Luft war erfüllt von Brandgeruch und Pulverdampf - kletterten zwei sowjetische Offiziere an einer Strickleiter in die Festung Spandau, um die Besatzung zur Kapitulation zu bewegen. Einer von ihnen war der 26jährige Hauptmann und Dolmetscher Wladimir Gall. Sein Leben riskierend, half er, das Leben von hunderten von Soldaten, sowjetischen und deutschen, und von Zivilisten zu retten.“

1973, nach der Aufführung des Films von einem westdeutschen Jugendlichen gefragt, warum er im Wissen um die Gefährlichkeit der Faschisten freiwillig als Parlamentär in die Fe-

stung Spandau gestiegen sei, antwortete Gall: „Kennen Sie den Begriff proletarischer Internationalismus? Die Sowjetunion hat nie den deutschen Faschismus mit dem deutschen Volk gleichgestellt ... Ich hab's getan, weil ich auch deutschen Menschen helfen wollte, den Frieden zu erleben.“

Diese Worte sind bis heute die Maxime des inzwischen 80jährigen und seiner Frau Tamara. Mit Freude nahm Genosse Gall viele Informationen des „RotFuchs“ entgegen, die ich ihm übergab. Er wünschte der Zeitung auch in Zukunft Erfolg und eine weite Verbreitung.

Karl-Heinz Reinhardt, Leipzig

Danke, daß mein Wohnungswechsel zu keiner Stockung im „RotFuchs“-Bezug führte. Das wäre bei einem Ausfall der Nr. 18 besonders zu bedauern gewesen. Es ist vielleicht ungerecht gegenüber vielen anderen „RotFuchsen“, die Qualität der Nr. 18 so hervorzuheben, aber ich will versuchen, das zu begründen.

Die Rede des Genossen Gysi vom 15. April 1999 im Deutschen Bundestag las ich in Franzensbad, als uns dort Tag und Nacht NATO-Bomber via Jugoslawien überflogen. Wie Rolf Vellay war ich entsetzt und zutiefst empört, daß Genosse Gysi die von den Alliierten im Potsdamer Abkommen beschlossene Umsiedlung der Deutschen aus den Gebieten ostwärts von Oder und Neiße sowie aus dem Sudetenland als Vertreibung bewertete. In jeder Hinsicht ist Rolf Vellay zuzustimmen, daß eine heutige Bewertung dieser Umsiedlung als Vertreibung nahezu die völlige Beseitigung der Ergebnisse des 2. Weltkrieges mit allen - auch militärischen - Mitteln rechtfertigen würde. Sicher will Genosse Gysi das nicht. Ich kann mir aber keine Antwort auf die Frage geben, warum er sich so anbietet.

Ich vermute, daß auch Genosse Gysi zumindest gelegentlich den „RotFuchs“ liest. Es wäre m.E. nicht nur für ihn von Vorteil, wenn er die dort dargelegte Position vorzüglich aufgibt. Seine Losung von der „Vertreibung“ der Deutschen nach dem 2. Weltkrieg wird sicher fast jeder, der rechts von der Mitte zu Hause ist, begrüßen; wir - links von der Mitte - niemals!

Ich werde mit meiner Anfrage keinen Erfolg haben, wenn ich das allein mache. Das ist eine bittere Erfahrung. Aber hinter dem „RotFuchs“ steht doch eine Kraft, die Genosse Gysi nicht unbeachtet lassen kann. Im übrigen bin ich davon überzeugt, daß die PDS diese Entgleisung nicht unterstützt, und das muß Genosse Gysi verdammt schnell begreifen. Anbei 50 Mark.

Raoul Gefroi, Seefeld

Liebe Genossen „RotFuchse“, seit einiger Zeit erhalte ich regelmäßig die Zeitung. Es ist gut, daß es so etwas gibt, was die Wahrheit nicht ganz verschütten läßt. Danke für dieses gute Werk!

Ich habe gleich eine Bitte: Wie Ihr sicher wißt, wird gegenwärtig wieder die Trommel gegen das ehemalige MfS gerührt. Diesmal sind es Kanonen mit Röntgenstrahlen und radioaktiven Stoffen. (...) Die Kampagne ist so gemein und hinterhältig, daß man etwas dagegen tun muß. Ich möchte Euch zu prüfen bitten, ob Ihr zu dieser Frage etwas im „RotFuchs“ veröffentli-

chen könnt. (...) Natürlich muß ich mich noch vorstellen. Ich war langjähriger leitender Mitarbeiter im MfS und in der Hauptabteilung Untersuchung tätig. Zuletzt hatte ich eine andere zentrale Funktion im Ministerium.

Beiliegend ein kleiner Obulus.

Gerhard Niebling, Groß-Dölln

Nach den Veröffentlichungen über die letzte Parteivorstandstagung der DKP, auf der u.a. die DKP-Konferenz „Die DKP und der 50. Jahrestag der Gründung der DDR“ beschlossen wurde, die der Parteivorstand gemeinsam mit dem Bezirksvorstand Berlin der DKP am 2. und 3. Oktober dieses Jahres in Berlin durchführen wird, ist es bei einigen Genossinnen und Genossen offenbar zu Irritationen gekommen. Insbesondere scheint das Datum einige Genossinnen und Genossen zu verwirren. So gibt es die Frage: Darf die DKP am „Annexionswochenende“ („RotFuchs“, 7/99, S.1) eigentlich eine politische Konferenz durchführen?

Außerdem wird im gleichen Artikel ein Satz im Entwurf einer Erklärung des Parteivorstandes der DKP zu den 50. Jahrestagen von BRD und DDR - völlig aus dem Zusammenhang gerissen, in dem er steht - als unmarxistisch kritisiert. Unmarxistisch sei die Formulierung, 1989 (im Entwurf steht 1989/90) sei „die Bewahrung der besten Elemente beider Systeme“ versäumt worden. Das Zitat ist unvollständig. Im Original folgt nämlich der eindeutige Satz: „Die Menschen in den neuen Bundesländern denken, wenn sie diese Feststellung treffen und ihre damalige Forderung immer noch wiederholen, an ...“ Und dann: „die in der DDR verfassungsmäßig garantierten Grundrechte auf Arbeit und gesicherten Arbeitsplatz, auf Berufsausbildung, staatlich garantierte Versorgung im Krankheitsfall, auf Urlaub und Erholung ...“ usw. (...)

Ich frage mich, warum der „RotFuchs“-Autor S.R. den Zusammenhang, in dem in dieser Erklärung die Formulierung „Die Bewahrung der besten Elemente beider Systeme“ sei damals versäumt worden, steht, in seinem Artikel nicht berücksichtigt hat. Warum wird dieser Zusammenhang verschwiegen? Und welche Sorgfaltspflicht hat eine Zeitung einer DKP-Gruppe eigentlich gegenüber ihren Lesern? Darauf hätte ich gern eine Reaktion.

Und was die Frage betrifft, warum die DKP am „Annexionswochenende“ ihre Konferenz durchführt, kann man darauf nur antworten: Warum denn nicht? Gibt es für Kommunisten an bestimmten Tagen des Jahres etwa ein Aktionsverbot? Sind bestimmte Daten heilig oder unheilig - unantastbar? Sollen wir uns etwa am 2. und 3. Oktober in einen Schmollwinkel der Geschichte zurückziehen?

Für uns sind auch diese Tage Tage des Zorns und des Protestes, aber ebenso der Erinnerung. Darum - und auch weil es ein Wochenende ist und aus pragmatischen Gründen Konferenzen besser samstags und/oder sonntags stattfinden sollten - wird es diese Konferenz an diesen Tagen geben. (...)

Der erste sozialistische Staat auf deutschem Boden findet meines Erachtens derzeit seine beste Würdigung übrigens nicht in lobenden, ja überschwenglichen Floskeln, sondern dann, wenn Menschen hierzulande heute für soziale Gerechtigkeit und Frieden demonstrieren. (...)

Prof. Dr. sc. phil. Nina Hager, Berlin

Originalton Gerhard Schröder: „Über eines habe ich mich immer gewundert: wie wenig wahrgenommen worden ist, daß die Entscheidung zum Krieg eine fundamentale Veränderung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bedeutet hat. Ich behaupte: Keine andere Regierung als unsere hätte sie so treffen können und so ausgehalten.“

Frage: War es nur Wahrnehmungsmangel (über den sich Schröder nun auch bei der DKP-Führung nur wundern kann), wenn im Hauptreferat der 7. Parteivorstandstagung der DKP am 12. Juni konstatiert wurde, daß die Klasseninteressen des Großkapitals „am konsequentesten“ von der CDU/CSU vertreten werden? Wenn sollen derartige Sprüche nützen, wenn es um die Auseinandersetzung mit der konkreten Wahrheit geht?

Anbei eine erneute Spende, damit es der „RotFuchs“ weiter tun kann.

Willi Belz, Kassel

Seit Monaten erhalte ich den „RotFuchs“, lese und studiere ihn gründlich und suche immer nach Möglichkeiten, bestimmte Artikel an andere Menschen zu vermitteln. Leider lesen viel zu wenig Genossen. (...) Jeder Artikel im „RotFuchs“ ist von einem hohen Niveau. Man braucht allerhand Zeit, und um das Nachschlagen kommt man auch nicht herum. (...)

Ich frage mich, was machen die vielen hochqualifizierten und -dekorierten Funktionäre heute? Sie verstecken sich, tauchen einfach ab und warten auf „bessere Zeiten“. Dann - und das sieht man heute schon, wenn es um gutbezahlte Wahlmandate geht, haben wir manche von ihnen wieder auf dem Hals. Mit ihrer Bildung und Sprachbeherrschung nutzen sie die Vorteile, sich vorzudrängen und besetzen Schlüsselstellungen. (...)

Manchmal möchte ich aus der PDS austreten. Wie dann aber weiter? So habe ich, wenn auch nicht viel, Einfluß und Einblick. (...)

Ich bedanke mich für jeden „RotFuchs“ und mache, was in meinen Kräften und Einsichten liegt, unser Gedankengut zu popularisieren.

Brigitte Marx, Zörbig

Alle mir zugesandten „RotFuchs“-Ausgaben habe ich mit großem Interesse gelesen. Ich schließe mich der Zuschrift des Genossen Gossweiler in voller Übereinstimmung an. So möchte ich auch das Thema DDR analysiert sehen. Vor allem wünsche ich mir, daß der Rolle und Bedeutung des Marxismus-Leninismus immer größte Aufmerksamkeit beigemessen wird. Ich wünsche dem Redaktionskollektiv des „RotFuchs“ Erfolg.

Rudi Zimmermann, Zahna

Ich freue mich schon auf den Tag, an dem der „RotFuchs“ in einem kürzeren Abstand erscheint. Ich kann mich der Vielzahl von Genossen und Lesern nur anschließen und Euch ein großes Lob aussprechen für den Inhalt dieser kommunistischen Zeitung. Bitte macht weiter so. Anbei ein Unkostenbeitrag in Briefmarken.

Manfred Schmidt, Naunhof

Die im „RotFuchs“ erscheinenden Artikel geben mir immer wieder Mut. Besonders gefielen

mir im Juni-Fuchs die Beiträge von Wolfgang Clausner und Matthias Bublitz. Beiden geht es darum, daß die Erfahrungen von 40 Jahren DDR nicht verlorengehen.

Wieviel aus DDR-Zeiten heute noch in den Menschen weiterwirkt, kann man auch in Diskussionen über ganz banale Dinge erleben. Wie lange aber wird es diese Erinnerung noch geben? M. Bublitz, ein Vertreter der jüngeren Generation, hat die DDR-Wirklichkeit selbst noch bewußt erlebt. Was aber werden die Kinder von morgen über die DDR erfahren? Die Beeinflussung durch Schule und Massenmedien ist schon jetzt beträchtlich. Um wievielen mehr erst dann, wenn Zeitzeugen nicht mehr zur Verfügung stehen! Ich begrüße es deshalb sehr, daß das ND Filme der DEFA, die viel über die DDR und deren Vorgeschichte aussagen, als Videos zum Kauf anbietet. (...)

Das Aischylos-Wort gilt auch heute: „Wenn die Sieger Tempel und Götter der Besiegten achten, dann vielleicht erliegen sie nicht dem eigenen Sieg.“

Eva Kolowrat, Berlin

Über den „RotFuchs“ freue ich mich immer sehr. Die Beiträge sind ausgezeichnet!

Dr. Eva Ruppert, Bad Homburg

Es versteht sich von selbst, daß der „RotFuchs“ stets auch anderen Menschen zuläuft. Regelmäßig gebe ich ihn weiter, nachdem ich ihn ausgewertet habe. Ausgewertet heißt auch Kopien ziehen und Verteilen von herausragenden Artikeln. Beispiel: Aus der April-Ausgabe „Die neue Reichspropagandakompanie“. Diese Kopien habe ich sehr oft im Rathaus meines Stadtbezirks an Schwarze Bretter gepinnt, auch in der Volkshochschule, bei der AOK und selbst im Amtsgericht.

Als Anlage Briefmarken.

Dieter Bartsch, Berlin

Mit großem Interesse und viel Freude lesen wir die Zeitschrift „Roter Fuchs“. Wir danken Euch sehr für die Zusendung.

50 Mark zur Weiterführung Eurer gewiß nicht leichten, dafür aber guten Arbeit.

Friedl und Walter Grundböck, Wien

Sehr geehrte Damen und Herren! Durch Vermittlung von Herrn Gerhard Moest, Leipzig, erhalte ich seit einigen Monaten die „RotFuchs“-Ausgaben. Besten Dank! (...)

Ich sehe den „RotFuchs“ als wichtigen und notwendigen Bestandteil der politischen Auseinandersetzung im Interesse einer gerechten Gesellschaft. Und das insbesondere unter Berücksichtigung der traurigen Tatsache, daß die heutige SPD-Führung, die sich leider zur Vertreterin der Interessen des Großkapitals entwickelt, was ich schon befürchtet hatte, als Gerhard Schröder zum „Zugpferd“ der SPD gemacht wurde.

Meine Bitte an die „RotFuchs“-Redaktion: Bleiben Sie mit Engagement am Ball - jedoch

fair und menschenfreundlich gegen jeden Mitmenschen.

Rudolf J. Hasencox, Grafschaft

Die Juli-Ausgabe war wieder hervorragend. Besonders gefiel mir der Artikel „Montenegro im Visier“ von Karl-Eduard von Schnitzler. Natürlich sind alle Artikel im „RotFuchs“ sehr gut. Es ist die einzige mir bekannte Zeitung, die die wahren Machenschaften des Imperialismus aufzeigt. Deshalb lese ich sie auch so gern. Dank dafür. Dem Redaktionskollektiv weiterhin Gesundheit. Anbei eine kleine Spende.

Gertrud Zimmermann, Berlin

Obwohl es nicht gerade angenehm war - ich habe die 12 Thesen von Gysi und Co oder Co und Gysi gelesen und überlegt, wozu das nützlich sein könnte. Meine Schlußfolgerung lautet: In keinem Fall für die Beseitigung des Kapitalismus und die Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft, wie sie Karl Marx vorschwebte. Es handelt sich zum größten Teil um alte bzw. über- oder aufgebackene Versionen sozialdemokratischer Ideologie und Politik. Dem Papier mangelt es an vielen Stellen am wissenschaftlichen Fundament.

In der Einführung wird z.B. die dem Kommunistischen Manifest entlehnte Aussage, die „freie Entwicklung eines jeden als Bedingung der freien Entwicklung aller“ erwähnt. Doch warum zitieren die Thesen-Verfasser den Satz nicht vollständig? Sollen die Leser das nicht wissen? Dort heißt es bekanntlich: „Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter ... An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ (...)

Wenn man Marx und Engels bemüht, sollte nicht versucht werden, Halbwahrheiten in Bezug auf ihre Aussagen zu verkünden.

Anton Kaute, Strausberg

Die Zeitung „RotFuchs“ vermittelt mir, seit ich sie lese, alle wesentlichen Informationen, die ich als besitz- und parteiloser Proletarier benötige, damit ich meine Lebensinteressen erkennen und wahrnehmen kann. Ich brauche aber auch eine mir nützliche Nachrichtenquelle für Tagesfragen. Die Rundfunk- und Fernsehsender sowie die Boulevard-Presse und die großbürgerlichen Blätter scheiden aus. (...) So behalt ich mich bisher - in letzter Zeit mehr schlecht als recht - mit der sozialistischen Tageszeitung „Neues Deutschland“. Was aber denkenden Lesern dort unlängst angeboten wurde, war unglaublich: Ein im Osten Deutschlands bereits politisch Toter, Herr Eppelmann von der CDU, erhielt im ND eine halbe Druckseite (!), um für die Interessen seiner wirklichen Auftraggeber, der mächtigen Arbeit- „Nehmer“, zu werben! Niemand kann gleichzeitig Diener zweier Herren sein; das steht bereits im Neuen Testament und ist auch bei Goldoni zu erfahren. Ich brauche keine sklavisch oder versteckt den Unternehmerstandpunkt vertretenden

de Tageszeitung, sondern eine Informationsquelle, die meine Interessen als Proletarier „bedient“.

Welche Voraussetzungen müßten geschaffen werden, um so eine tägliche Informationsquelle für die Besitzlosen zu realisieren?

Manfred Fischer, Berlin

Im Garten der cubanischen Botschaft fand auch in diesem Jahr die traditionelle Fiesta de Solidaridad mit vielen Infos, Gästen aus Cuba, Live-Musik, Kinderfest und natürlich etlichen kulinarischen Leckerbissen statt. In den Gesprächen war man sich einig, daß das sozialistische Cuba, das serbische Volk mit seinem Präsidenten Slobodan Milosevic sowie alle, die sich - wie Irmgard Jendretzky - in der DDR dafür engagierten, daß unter deutscher Beteiligung kein Krieg mehr stattfinden sollte, uneingeschränkte Solidarität verdienen. Das zu bekunden, gab es auf dem Territorium des sozialistischen Cuba - nun mitten im Prenzlauer Berg - ausreichend Gelegenheit.

Monika Kauf, Berlin

Lieber „RotFuchs“! Anbei 20 DM als „Futterzulage“. Es reicht nur für „ALDI“. Aber wir sind an Kummer gewöhnt und Du gehörst ja zu uns! In dieser manipulierten Medienwelt sind Deine Artikel mit klaren Standpunkten und klarer Sprache eine Erholung. Mach weiter so - Du wirst gebraucht.

Edith Hoffmann, Müggelheim

In der Zeitung der PDS Dessau („Typisch links“) haben wir im Monat Juli erstmals einen „Solidaritätsbriefkasten“ veröffentlicht. In den nächsten Nummern wollen wir die „Mitteilungen der GRH“ und Artikel aus dem „RotFuchs“ wie den Beitrag des Strafrechtlers Prof. Dr. Erich Buchholz („Aggression ist ein Verbrechen“) auswerten.

Karl Hertel, Dessau

Besonders aufschlußreich fand ich im „RotFuchs“ Nr. 18 den Beitrag von Klaus Steiniger „Was ist 'demokratischer Sozialismus'“? Dieser Begriff wird meines Erachtens vom Klassenfeind und seinen bewußten oder unbewußten Helfern dazu benutzt, um von der Errichtung des tatsächlichen Sozialismus abzulenken. Zumindest soll die Betonung „demokratischer“ Sozialismus den in der DDR verwirklichten Sozialismus von vornherein als nicht erstrebenswert erscheinen lassen. Und dazu gehörten ja in erster Linie die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel und die Bodenreform. War das nun auch „undemokratisch“? Aus der Sicht der enteigneten, bisher besitzenden Klasse ohne Zweifel - aber nicht für die arbeitende und besitzlose Klasse, die dadurch nicht mehr besitzlos war. (...)

Dieter Itzerott bringt in seinem Beitrag „Zur Substanz der DDR“ (RF Nr. 18) zum Ausdruck, daß die große Mehrheit der früheren DDR-Bürger heute der Auffassung ist, daß ihr System gerechter war als das der BRD. Diese Tatsache wird allerdings von den hiesigen Medien verschwiegen.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf



Grafik: SHAHAR

Unser in vielen Klassenschlachten bewährter

Genosse HARRY SCHMITT

vollendet am 17. September 1999 sein 80. Lebensjahr

Aus einer traditionsreichen kommunistischen Familie kommend, ist er von jungen Jahren an in der Sowjetunion aufgewachsen. Er war Mitglied des KJVD und des Komsomol. Am 22. Juni 1941 - dem Tag des faschistischen Überfalls auf die UdSSR - wurde er in Moskau in die Thälmannsche KPD aufgenommen. Harry kämpfte bis zum Sieg in der Roten Armee und bekleidete später verantwortliche Funktionen in der von Max Reimann geführten KPD Westdeutschlands. Der DKP gehört er seit ihrer Gründung an. Die DKP-Gruppe Berlin-Nordost und die „RotFuchs“-Redaktion beglückwünschen den bewährten und verdienten Jubilar von ganzem Herzen.

Herzlich gratulieren wir unseren Genossen DIETER und HANS, die sich in der Zeit bis zum Erscheinen des nächsten „RotFuchses“ in der Kunst des jährlichen Alterswerdens üben.

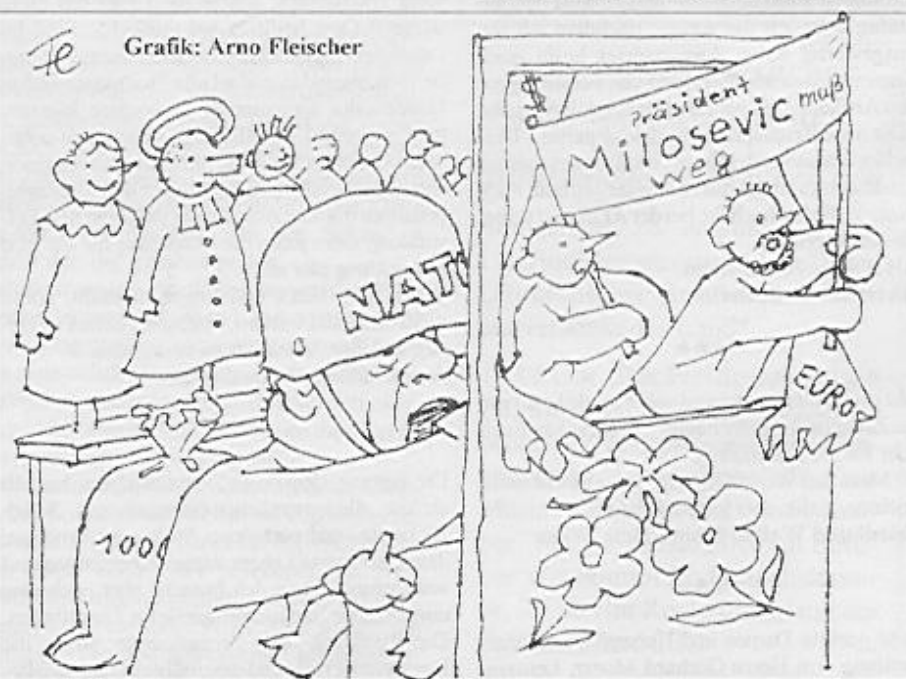
Am 8. September 1999, 19 Uhr, zeigt der „Marx-Engels-Club“ der Berliner DKP im Haus am Franz-Mehring-Platz 1 den DDR-Film

„Der Fall Gleiwitz“

(1961/60 Minuten)

Dramatische Dokumentation

Die Internationale Jugoslawien-Solidarität (Adresse: c/o Magda Thurey Zentrum, Lindenallee 72, 20259 Hamburg) hat eine reich bebilderte, farbige 24-Seiten-Dokumentation zur NATO-Aggression herausgegeben, die wir unseren Lesern dringend empfehlen. Sie kostet 8,50 DM+3 DM Porto. Ab 5 Stück Lieferung frei Haus. Ein Teil des Erlöses geht in den Wiederaufbau der Grundschule „Svetozar Markovic Toza“ in Novi Sad.



Grafik: Arno Fleischer

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP Berlin-Nordost
REDAKTEUR (ViSDP):
Dr. Klaus Steiniger
Teterower Ring 37
12619 Berlin
Tel. (030) 56 13 404
LAYOUT: K. Uwe Langer

STÄNDIGE MITARBEITER:

Lena und Kurt Andriä,
Eberhard Bock
Matthias Bublit
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Sigmar Ebbach
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Arno Fleischer
Walter Florath

Katrin Hellwig
Werner Hoppe
Prof. Dr. Ulrich Huar
Dieter Itzerott
Monika Kauf,
Gerda Klabuhn
Prof. Dr. Eike Kopf
Wolfgang Metzger
Frank Mühlefeldt
Dr. Norbert Paulig

Rainer Rupp
SHAHAR
Harry Schmitt
Karl-Eduard v. Schnitzler
Dr. Hartwig Strohschein
Dr. Hans-Günter
Szalkiewicz
Herbert Thomas
Dr. Ing. Peter Tichauer
Rolf Vellay

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.